

# Städtische Unternehmungen

## Wiener Stadtwerke

Die wirtschaftliche Lage der Wiener Stadtwerke schien im Jahre 1972 zunächst, aus der Sicht des Wirtschaftsplanes, trotz der erfolgsverbessernden Wirkungen der Pensionsentlastung der Wiener Stadtwerke durch die Hoheitsverwaltung durchaus nicht günstig zu sein. Die Erträge reichten bei weitem nicht aus, um das vom Statut für die Unternehmungen der Stadt Wien vorgegebene wirtschaftliche Ziel, die Aufwendungen zu decken, die Wirtschaftssubstanz der Anlagen zu erhalten und die technische wie auch die wirtschaftliche Fortentwicklung zu gewährleisten, zu erreichen. Dies lag daran, daß zu dem Zeitpunkt, als der Plan für das Jahr 1972 erstellt wurde, bei den Verkehrsbetrieben sowie bei den Elektrizitätswerken die notwendigen Tarifierhöhungen noch nicht berücksichtigt werden konnten. Das finanzielle Manko zwang die Wiener Stadtwerke sogar, für Wien beinahe lebenswichtige Investitionen zu sperren.

Um die Mitte des Jahres 1972 gelang es, die schon seit langem fällige Tarifierhöhung bei den Elektrizitätswerken, wenn auch in einem geringeren Ausmaß als ursprünglich bei der Preisbehörde beantragt, zu verwirklichen. Allerdings flossen die erhöhten Stromerlöse um ein halbes Jahr zu spät zu, so daß sich die Notwendigkeit ergab, hohe Fremdkapitalbeträge zusätzlich zu den im Wirtschaftsplan vorgesehenen aufzunehmen. Die Tarifierhöhung bei den Verkehrsbetrieben konnte hingegen bereits ab 1. Jänner durchgeführt werden. Eine weitere Verbesserung der Wirtschaftslage ergab sich ferner durch die Herabsetzung des Dienstgeber-Pensionsbeitrages der Wiener Stadtwerke an die Hoheitsverwaltung von 25 auf 20 Prozent im Zusammenhang mit der Pensionsentlastung. Diese Herabsetzung war beschlossen worden, um bei den Verkehrsbetrieben den nur ungenügenden Erlösanstieg aus der Tarifierhöhung aufzustocken. Alle diese Maßnahmen bewirkten, daß das Jahresergebnis besser war als erwartet.

Dieses günstigere Wirtschaftsergebnis wird jedoch nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Schon im Jahre 1973 werden sich vor allem die Erhöhungen der Personal- und Materialkosten, die Fremdkapitalzinsen und der Umstand, daß die Wiener Stadtwerke in der preispolitisch schwierigen Phase des Überganges auf das neue Umsatzsteuersystem einen Beitrag zur Stabilisierung des Preisniveaus durch die Übernahme von Umsatzsteuerlasten, die nach dem Gesetz die Letztverbraucher zu tragen haben, leisten mußten, negativ auswirken. Den Elektrizitätswerken wurde auferlegt, den Haushaltsstrom bis Ende April 1973 ohne Verrechnung von Umsatzsteuer an ihre Kunden abzugeben, was eine Belastung von rund 12,5 Millionen Schilling bedeutet. Auch die Gaswerke mußten den Tarif für das zum Kochen und zur Warmwasserbereitung mittels Durchlauferhitzer verwendete Gas bis Ende April 1973 unverändert lassen und die darauf entfallende Umsatzsteuer von etwa 8,5 Millionen Schilling selbst tragen. Eine weitere Belastung von 3,5 Millionen Schilling wird in diesem Zusammenhang durch die notwendige zusätzliche Ablesung zu Ende April 1973 entstehen. Finanziell am stärksten betroffen sind allerdings die Verkehrsbetriebe, welche die gesamte Umsatzsteuerlast von ca. 55 Millionen Schilling selbst zu tragen haben.

Neben diesen Belastungen ist es die Bedürfnisexplosion der Wiener Bevölkerung — eine Erscheinung, die übrigens in allen Ballungszentren der Welt zu beobachten ist —, die zu gewaltigen finanziellen Anforderungen führt. Es handelt sich hier vor allem um Anschaffungen und Bauten für die Energieversorgung und für die Verkehrsmittel, die unaufschiebbar sind, weil deren Unterbleiben oder verspätete Fertigstellung einen Notstand in der Energieversorgung und im Nahverkehr herbeiführen würde, der auch durch spätere, höhere Dotationen nicht mehr beseitigt werden könnte. Infolge des chronischen Finanznotstandes der Verkehrsbetriebe muß daher neuerlich Fremdkapital aufgenommen werden, was zu wachsenden Tilgungs- und Zinsverpflichtungen führt, die das wirtschaftliche Geschehen bei den Wiener Stadtwerken zunehmend belasten. Es werden daher zwangsläufig Maßnahmen zur Stärkung der Ertragslage und somit der Finanzkraft ergriffen werden müssen.

Im Jahre 1972 legte die Stadt Wien die zehnte Inlands-Investitionsanleihe für die Wiener Stadtwerke seit dem Jahre 1961 auf. Mit einem Nominale von 800 Millionen Schilling ist sie die bisher größte Anleihe. Unter Berücksichtigung der bereits erfolgten Tilgungen von Anleiheschulden früherer Jahre ergaben sich mit 31. Dezember 1972 offene Anleiheschulden von insgesamt rund 4.310 Millionen Schilling.

Wie schon in den vorangegangenen Jahren wurde der Anleiheerlös zur Gänze den Wiener Stadtwerken zur Verfügung gestellt, und zwar erhielten die Elektrizitätswerke 511 Millionen Schilling, die Gaswerke 126 Millionen Schilling und die Verkehrsbetriebe 163 Millionen Schilling. Die Laufzeit der Anleihe wurde wieder mit 15 Jahren bei einer Verzinsung von 7 Prozent jährlich festgelegt. Da mit dem Anleiheerlös von 800 Millionen Schilling jedoch das Auslangen nicht gefunden werden konnte, weil die Tarifierhöhung für die Elektrizitätswerke zu spät und in zu geringem Ausmaß erfolgte, vorübergehende Liquiditätsschwierigkeiten bei den Gaswerken im Zusammenhang mit der Erdgasumstellung auftraten, aber auch Sperren von unumgänglich notwendigen Investitionen aufgehoben werden mußten, war es notwendig, bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien zwei weitere Kredite im Betrage von 200 und 100 Millionen Schilling, beide mit einer Laufzeit von 15 Jahren, aufzunehmen.

Das aufgenommene Fremdkapital von insgesamt 1.100 Millionen Schilling wurde dazu verwendet, die stark anwachsenden Investitionen, die aus den steigenden Bedürfnissen der Wiener Bevölkerung resultieren, zu finanzieren. Der Bauabschnitt 1972 des im Jahre 1973 in Betrieb gehenden Dampfkraftwerkes Donaustadt der Elektrizitätswerke, der Ausbau des 110 kV-Kabelnetzes sowie der weitere Bau und Ausbau der Umspan- und Unterwerke Handelskai, Nord, Leopoldau, Liesing, Schmelz und Speising, ferner der Ausbau des Straßenrohrnetzes der Gaswerke, der zum Teil im Zusammenhang mit der Erdgasumstellung steht, die Errichtung von Erdgas-Druckregel- und Meßstationen in den Werken Simmering und Leopoldau, aber auch der Bau der neuen Zentralwerkstätte der Verkehrsbetriebe in Simmering, die Neuanschaffungen als Ersatz für auszuscheidende, überalterte Straßenbahnwagen und Autobusse sowie der Umbau von Trieb- und Beiwagen auf den schaffnerlosen Betrieb und von Autobussen auf den Flüssiggasbetrieb wurden zum Teil oder gänzlich mit Hilfe von aufgenommenen Geldern ermöglicht. Die Notwendigkeit dieser Investitionen war dadurch gegeben, daß, wie die Stromzuwachsraten der letzten Jahre beweisen, die bisherige Faustregel einer Verdoppelung des Verbrauchs innerhalb von 10 Jahren nicht mehr richtig ist, vielmehr kann angenommen werden, daß bereits in 8 bis 8½ Jahren die doppelte Energiemenge benötigt werden wird. Aus dieser Erkenntnis ist ein Nachholbedarf der Elektrizitätswerke an Investitionen abzuleiten, für die in den nächsten 10 Jahren, berechnet auf der Preisbasis des Jahres 1971, rund 15 Milliarden Schilling aufzuwenden sein werden. Daraus folgt, daß mit Jahresinvestitionsraten von mindestens 1,5 Milliarden Schilling zu rechnen sein wird, falls die Preisentwicklung in Grenzen gehalten werden kann.

Eines der auf verwaltungstechnischem Gebiet bedeutsamsten wirtschaftlichen Ereignisse war die Umstellung auf das neue Umsatzsteuersystem, auf die große Teile des kaufmännischen Personals im Laufe des Jahres 1972 durch Kurse, Vorträge und Dienstbesprechungen vorbereitet werden mußten. Die Wirtschaftspläne der Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1973 waren bereits im Frühjahr 1972 erstellt worden und mußten bei den Perlustrierungen der durch das neue Umsatzsteuergesetz geschaffenen Rechtslage angepaßt werden. Nicht zuletzt waren auch die Techniker der Unternehmungen mit den mit der Mehrwertsteuer in Zusammenhang stehenden Problemen vertraut zu machen.

Die im Rechenzentrum der Wiener Stadtwerke zusammengefaßte elektronische Datenverarbeitung hatte eine große Zahl teils neuer, teils zusätzlicher Arbeiten zu übernehmen und maschinelle Umstellungen durchzuführen. Die zusätzlichen Arbeiten ergaben sich aus der Strompreisänderung vom 1. Juni 1972, aus den Vorarbeiten für die Einführung der Mehrwertsteuer, aus der Vorratsentlastung beim Lagermaterial und aus den Änderungen des Gehaltsgesetzes. Dem Kundendienst kam die Auflage eines neuen, besser verständlichen Rechnungsformulars über den Gas- und Stromverbrauch zugute, das vom Rechenzentrum entworfen wurde. Auch die Einrichtung eines integrierten Kundeninformations- und Abrechnungssystems, bei dem alle kaufmännischen und technischen Daten der Verbrauchsverrechnung sowie des Zählerwesens gespeichert werden und sowohl für die Gas- und Stromkunden als auch für die eigenen Dienststellen jederzeit abfragbar sind, konnte fertiggestellt werden. Ferner wurde das Material-Informations-, -Dispositions- und -Abfragesystem für mehr als 100.000 in den verschiedenen Magazinen der Wiener Stadtwerke lagernde Materialposten nahezu abgeschlossen, wodurch eine optimale Vorratswirtschaft erzielbar ist. Diese Einrichtung fand weites Interesse, so daß es bereits mehrfach zu Vorführungen und Informationen auch außerhalb der Wiener Stadtwerke kam. Die Jahresverbrauchsabrechnung für 1.147.000 Tarifabnehmeranlagen der Elektrizitätswerke und 745.000 Tarifabnehmeranlagen der Gaswerke gehört zu den ständigen Aufgaben des Rechenzentrums. Rund 30 Prozent der Kunden beglichen ihre Rechnungen im Wege des Einziehungsverfahrens der Geldinstitute.

Bei der Jahresverbrauchsabrechnung 1972 wurde erstmals ein Handschriftbelegleser eingesetzt, der die an den Anlagen abgelesenen Verbrauchswerte in die elektronische Datenverarbeitungsanlage ein-

gibt; hiebei traten anfangs einige Schwierigkeiten auf, die jedoch behoben werden konnten. Die Datenerfassungs- und Verrechnungsarbeiten im Zuge der Umstellung auf die Erdgasversorgung sowie auf den damit zusammenhängenden Gasgeräteumbau wurden fortgesetzt.

Die zusätzlich angefallenen, die weitergeführten und die für ständig in die elektronische Datenverarbeitung übergeführten neuen Arbeiten, darunter die Groß- und Sonderabnehmerverrechnung der Elektrizitätswerke, konnten nur durch den vorbildlichen Einsatz des eigenen Personals bewältigt werden. Hiefür war eine Kapazitätserweiterung der Hauptspeicher und der Übergang vom Streifen- zu Magnetplatten-Großspeicher notwendig. Es wurde auch eine Umschalteneinheit in Betrieb genommen, mit deren Hilfe es möglich ist, bei Ausfall einer Zentraleinheit auf die zweite überzugehen und die zahlreichen Peripherieeinheiten in ihrem Anschluß besser zu variieren. Die bessere Maschinenausstattung des Rechenzentrums gestattete die Übernahme neuer Aufgaben, wie etwa der zentralen Speicherung aller Personaldaten, die von der Verwaltung und für die Verrechnung benötigt werden, oder der Mitwirkung an der Auftragssteuerung und Auftragsabrechnung der neuen Zentralwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe.

Der Arbeitskreis „Technische Datenverarbeitung“, der aus Angehörigen der Teilunternehmungen und des Rechenzentrums zusammengesetzt ist, war mit der Lösung technischer Probleme sowie mit Vorarbeiten für die geplante Installation eines Prozeßrechners befaßt, führte aber daneben die bereits jetzt im Rechenzentrum besorgte technische Datenverarbeitung weiter.

Organisatorische Veränderungen ergaben sich durch die Ende des Jahres 1971 erfolgte Verlegung der früheren Datenverarbeitungsabteilung aus dem Direktionsgebäude der Gaswerke in das Rechenzentrum. Die freigewordenen Räume stehen nun zentralen Abteilungen, nämlich der Gebäudeverwaltung, der Kollaudierung und der Innenrevision, zur Verfügung.

Eine weitere Aufgabe des Rechenzentrums war die Beratung der Teilunternehmungen in einschlägigen Belangen, etwa der Städtischen Bestattung beim Einsatz von Bürocomputern im Aufnahmediensystem, für das Ausschreiben von Rechnungen und zum Buchen, oder der Gaswerke, die Magnetbandkassetten zur Datenerfassung anlässlich der Umstellung auf Erdgasversorgung verwendeten. Die bargeldlose Gehaltszahlung konnte im Jahre 1972 auf 35 Prozent der aktiven Bediensteten der Wiener Stadtwerke ausgedehnt werden.

Im Rahmen der Vorschlagsaktion der Stadt Wien „Mitdenken macht sich bezahlt“ wurden im Jahre 1972 bei den Wiener Stadtwerken 39 Verbesserungsvorschläge eingereicht. Seit dem Beginn der Aktion im September 1970 wurden 183 Verbesserungsvorschläge geprüft; für 22 Vorschläge wurden Prämien zuerkannt, die insgesamt 81.700 S ausmachten.

Andere Möglichkeiten für die Verbesserung, Vereinfachung oder Verbilligung von Arbeitsvorgängen konnten aus den Ergebnissen der Tätigkeit der Abteilung für Innenrevision gewonnen werden, die im Jahre 1972 insgesamt 86 Prüfberichte ausarbeitete. Die Revisionstätigkeit erstreckte sich auf alle Gebiete des Kassen- und Rechnungswesens, des Bestell- und Vergabewesens sowie des Personal- und Kraftfahrzeugeinsatzes. In den Materiallagern wurden mehrmals 3.400 Posten überprüft und dabei die vorhandenen Mengen sowie die sachgemäße Lagerung festgestellt; hiebei ergaben sich keine wesentlichen Mängel.

Der Personalstand der Wiener Stadtwerke umfaßte am 31. Dezember 1972 insgesamt 15.284 aktive Bedienstete; Lehrlinge sind in dieser Zahl nicht enthalten. Demnach war der Personalstand um 454 Bedienstete (2,9 Prozent) geringer als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, obwohl im Laufe des Jahres 1972 insgesamt 748 Neuzugänge zu verzeichnen waren. Die Entwicklung war bei den vier Teilunternehmungen unterschiedlich. War bei den Elektrizitätswerken, besonders wegen der unmittelbar bevorstehenden Inbetriebnahme des Kraftwerkes Donaustadt, eine Zunahme der Beschäftigtenzahl um 35 und auch bei der Städtischen Bestattung, wegen der Anfang 1972 wirksam gewordenen Arbeitszeitverkürzung, eine Personalvermehrung um 5 Bedienstete zu verzeichnen, so mußten die Verkehrsbetriebe ein weiteres Absinken des Personalstandes um 424 Bedienstete hinnehmen; betroffen waren von dieser Abnahme hauptsächlich die Bedienstetengruppen des Fahrdienstes und der qualifizierten Facharbeiter. Die Personalverminderung der Gaswerke um 70 Bedienstete entspricht im wesentlichen den personalpolitischen Intentionen der Unternehmensführung. Nach Abschluß der Umstellung der Gasversorgung auf Erdgas wird nämlich durch den Übergang von einem Produktions- zu einem Verteilerbetrieb weit weniger Personal gebraucht werden, weshalb eine schrittweise Personalverminderung angestrebt wird.

Im Jahre 1972 wurden 511 Bedienstete in den Ruhestand versetzt; am 31. Dezember wurden 17.366 Pensionsparteien gezählt, um 169 weniger als zu Ende des Vorjahres.

Die Beschäftigtenzahl war um 10,5 Prozent niedriger als die zur Erfüllung der Aufgaben an sich notwendige; zum Teil lag dies an der am 3. Jänner 1972 wirksam gewordenen Verkürzung der

Arbeitszeit von 43 auf 42 Wochenstunden. Die Situation am österreichischen Arbeitsmarkt bot jedoch keine Möglichkeit, die notwendigen Arbeitskräfte zu bekommen, besonders das so dringend benötigte Fachpersonal ist kaum erhältlich. Ein Ausgleich konnte nur durch Mehrdienstleistungen des vorhandenen Personals sowie durch oft sehr teure Rationalisierungsmaßnahmen geschaffen werden. Ein Beispiel für eine solche Rationalisierungsmaßnahme ist die Einführung des schaffnerlosen Straßenbahnzuges. Außerdem wurde die Personalwerbung, besonders in bezug auf Straßenbahnfahrer, Elektriker, Installateure, Hilfsarbeiter und kaufmännisches Personal, intensiviert. Als Werbemittel wurden Inserate in Tageszeitungen, in den Fahrzeugen der Verkehrsbetriebe affizierte Werbeplakate, im Fernsehen gebrachte Werbespots von ca. 20 Sekunden Dauer sowie Werbezettel, die in die Gehaltskuverts der Bediensteten eingelegt wurden, eingesetzt. Auf der Wiener Frühjahrmesse warb ein Beratungspavillon der Wiener Stadtwerke um Straßenbahnfahrer und Elektriker, und in dem auf dem Messegelände aufgestellten Informationsautobus wurden Diapositive gezeigt sowie erklärt. Weiters war in dem Informationsautobus ein Drivotrainer eingebaut, an dem sich jeder Interessent als Straßenbahnfahrer versuchen konnte. Auch das Kontaktzentrum der Verkehrsbetriebe in der Mariahilfer Passage, das während des ganzen Jahres geöffnet ist und hauptsächlich dem Kundendienst sowie der Imagepflege dient, war in die Personalwerbung eingeschaltet.

Da diese Werbemittel nicht immer den erhofften Erfolg brachten, wurde versucht, Studenten für den Fahrdienst zu gewinnen. Studenten, die sich zu einer Dienstleistung als Fahrer bereit erklärten, wurden geschult und als teilbeschäftigte Vertragsbedienstete eingesetzt. Seit Mitte September arbeiten neben jugoslawischen Gastarbeitern auch 40 Tunesier, die durch Vermittlung der tunesischen Botschaft angeworben wurden, in den Werkstätten der Wiener Verkehrsbetriebe. Der Einsatz der tunesischen Gastarbeiter ermöglichte es, Bedienstete, die eine Fahrberechtigung besitzen, aber in den Werkstätten verwendet wurden, als Straßenbahnfahrer einzusetzen. Die guten Erfahrungen, die mit den Tunesiern gemacht wurden, führten zu der Absicht, im Jahre 1973 weitere Gastarbeiter aus Afrika für den Dienst bei den Verkehrsbetrieben anzuwerben.

Um den Dienst bei den Verkehrsbetrieben attraktiver zu machen, wurden dem Zeitgeschmack angepaßte Uniformen geschaffen und im Herbst 1972 der Öffentlichkeit vorgestellt; die neuen Uniformen werden ab Frühjahr 1973 an die Bediensteten ausgegeben werden.

Für die Schulung der Mitarbeiter wurden wie alljährlich Vorbereitungskurse für die Fachprüfung für den Verwaltungsdienst sowie für die Fachprüfung für den Kanzleidiens abgehalten. Im Jahre 1972 bestanden 24 Bedienstete die Fachprüfung für den Verwaltungsdienst, 5 von ihnen mit ausgezeichnetem Erfolg. 90 Bedienstete legten die Fachprüfung für den Kanzleidiens mit Erfolg ab, 2 von ihnen erhielten eine Auszeichnung. Zu den Fachprüfungen des technischen Dienstes traten 14 Bedienstete mit positivem, 5 sogar mit ausgezeichnetem Erfolg an. Zur Weiterbildung nach Ablegung von Dienstprüfungen dienten Vorträge, Exkursionen, Kurse und Seminare, die im Rahmen der Verwaltungsakademie der Stadt Wien veranstaltet wurden. Im Jahre 1972 berücksichtigte das Kursprogramm hauptsächlich die elektronische Datenverarbeitung und die Neugestaltung des Umsatzsteuerrechtes; die Kurse waren sehr gut besucht. Sofern Einrichtungen für eine etwa erforderliche Spezialausbildung nicht bestanden, wurde den Bediensteten die Teilnahme an Ausbildungslehrgängen auch außerhalb der Wiener Stadtwerke, zum Teil sogar im Ausland, ermöglicht.

Besondere Sorgfalt wurde der Heranbildung von Nachwuchskräften zugewendet. Kaufmännische Lehrlinge verbleiben auch nach Abschluß der Lehrzeit und der Ablegung der Kaufmannsgehilfenprüfung meistens bei den Wiener Stadtwerken, so daß die einschlägigen Dienstposten mit diesen Arbeitskräften besetzt werden können. Ähnlich verhält es sich mit den technischen Zeichnerlehrlingen, da auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt geeignete Fachkräfte nicht zu bekommen sind. Zu Jahresbeginn 1972 bildeten die Wiener Stadtwerke 190 Lehrlinge aus, und zwar 187 zu Industriekaufleuten und 3 zu technischen Zeichnern. Im September 1972 wurden 80 kaufmännische Lehrlinge und 9 technische Zeichnerlehrlinge neu eingestellt. Zu Ende des Jahres 1972 befanden sich 202 Lehrlinge bei den Wiener Stadtwerken in Ausbildung.

Da bei den Elektrizitätswerken und bei den Verkehrsbetrieben großer Mangel an Elektrikern besteht und mit der Inbetriebnahme des Dampfkraftwerkes Donaustadt sowie mit dem weiteren Fortschritt im U-Bahn-Bau der Bedarf an Elektrikern zunehmen wird, besteht die Absicht, im Jahre 1973 mit der Ausbildung von Lehrlingen zu Starkstrommonteuren in einer Lehrwerkstätte zu beginnen. Mit den nötigen Vorbereitungsarbeiten hierfür wurde im Herbst 1972 begonnen.

Das Jugendbetreuungsprogramm für die Lehrlinge und jugendlichen Angestellten der Stadt Wien sah Vorträge und Veranstaltungen zur Weiterbildung der Lehrlinge und jugendlichen Angestellten vor, diente aber auch der Unterhaltung der Bediensteten. So fanden im Sommer eine Schifffahrt in die Wachau und im Herbst Theaterbesuche statt.

Von den Mitarbeitern konnte einer das 50jährige Dienstjubiläum feiern, 83 wurden nach 40jähriger und 318 nach 25jähriger Dienstzeit geehrt. Als Anerkennung für die langjährige Dienstzeit bei der Stadt Wien erhielten diese Jubilare vom Bürgermeister unterfertigte Diplome und als Jubiläumsgaben Remunerationen.

5 Bedienstete wurden in Würdigung ihrer Verdienste um die Republik Österreich vom Bundespräsidenten durch Verleihung eines Ehrenzeichens ausgezeichnet. Einem Bediensteten wurde von der Wiener Landesregierung ein Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien verliehen.

Wie in den früheren Jahren beteiligten sich zahlreiche Bedienstete an Blutspendekaktionen. Insgesamt spendeten 1.712 Mitarbeiter freiwillig Blut für die im Allgemeinen Krankenhaus und in dem der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien gehörenden Sanatorium Hera eingerichteten Blutbänke.

Zur Unfallverhütung und zum Arbeitnehmerschutz waren Sicherheitsingenieure eingesetzt. Die Zahl der Dienstunfälle blieb gegenüber den Vorjahren im wesentlichen gleich, die häufigste Unfallsursache war auch im Jahre 1972 Unachtsamkeit. Um die Zahl der Dienstunfälle zu senken, wurde Werbematerial über Unfallverhütung, wie die Nachrichtenblätter „BS-Betriebssicherheit“ und „Sichere Arbeit“ verteilt. Die Sicherheitstechniker arbeiteten auch im Werkzeugausschuß der Wiener Stadtwerke mit, wodurch es gelang, Werkzeuge zu verbessern und den Sicherheitsvorschriften nicht mehr entsprechende Geräte auszuschneiden. In der staatlich autorisierten Prüf- und Versuchsanstalt der Elektrizitätswerke wurden Entwicklungsarbeiten sowie Versuche und Prüfungen elektrischer Schutz- und Hilfsmittel durchgeführt. Zu erwähnen wäre weiters die Teilnahme der Sicherheitsingenieure an Fachtagungen des Arbeitskreises „Sicherheitstechnik“ der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt. Neu aufgenommenes Personal des technischen Dienstes wurde in Unfallverhütung und Erster Hilfe unterrichtet. Eine große Anzahl von Bediensteten beteiligte sich an der „Aktion Notfallkarte“ des Gesundheitsamtes der Stadt Wien. Die Sicherheitsingenieure hatten auch darauf zu achten, daß die Einrichtungen den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 30. Mai 1972 über den Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Sittlichkeit der Arbeitnehmer (Arbeitnehmerschutzgesetz), BGBl. Nr. 234/1972, die im wesentlichen am 1. Jänner 1973 in Kraft treten, genügen werden.

Die Personalknappheit zwingt zu einer möglichst personalsparenden Verwaltung. In anderen europäischen Städten wurde schon seit einiger Zeit versucht, ein integriertes Personalinformationssystem aufzubauen. Nachdem die anlässlich der Vordienstzeitanrechnung mit der elektronischen Datenverarbeitung gemachten Erfahrungen sehr gut waren, wurde im Jahre 1972 bei der Generaldirektion ein „Arbeitskreis für Integriertes Personalinformationssystem (Kurzbezeichnung IPIS)“ eingesetzt. Dieser Arbeitskreis soll die mit dem Aufbau eines solchen Personalinformationssystems zusammenhängenden Probleme lösen. Als Vorarbeit wurde in den Teilunternehmungen der bestehende Zustand erhoben. Hiebei wurde das Material zusammengetragen, das es dem Arbeitskreis ermöglichen soll, die allen 4 Teilunternehmungen eigenen Gemeinsamkeiten im Arbeitsablauf zu erkennen und zu versuchen, verschiedene Arbeitsgänge auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und damit die Basis für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung zu schaffen. Dieses Vorhaben wird voraussichtlich in zwei bis drei Jahren realisiert werden können, dann aber ein rationelles Arbeiten in den Personalabteilungen ermöglichen.

Neben den allen Bediensteten der Stadt Wien zugute kommenden dienst-, besoldungs- und pensionsrechtlichen Verbesserungen, die im wesentlichen im Kapitel „Personalrechtsangelegenheiten“ besprochen wurden, brachte das Jahr 1972 einige nur für bestimmte Bedienstetengruppen der Wiener Stadtwerke geltende Verbesserungen. Es sind dies: die Neuregelung der Zulagen für Bedienstete im Rahmen der elektronischen Datenverarbeitung ab 1. Jänner 1972; die Änderung der Zulage für Rüstwagenlenker der Verkehrsbetriebe ab 1. März 1972; die Gewährung von vier weiteren zusatzfreien Tagen jährlich für Autobuslenker und -schaffner der Verkehrsbetriebe ab 1. April 1972; die Gewährung einer Fahrdienstzulage sowie einer Zulage bei Einmannbetrieb und die Höherreihung von Straßenbahnfahrern, die im schaffnerlosen Einmannbetrieb verwendet werden; die Schaffung einer Zulage für erschwerte Arbeitsleistung für die Bediensteten des Totenabholdienstes ab 1. Mai 1972; die Erhöhung der Zulage für die Beamten des Aufnahmedienstes sowie des Bestattungsdienstes der Städtischen Bestattung ab 1. August 1972; die Schaffung einer Zulage für Betriebsbeamte und Werkmeister der Verkehrsbetriebe ab 1. August 1972; die Neuregelung der Ergiebigkeitsprämie für die Bediensteten der Straßenbahnhauptwerkstätte ab 1. November 1972 sowie Stellenplanverbesserungen, bei allen vier Teilunternehmungen, die den erhöhten Anforderungen an die Bediensteten entsprechen.

## Elektrizitätswerke

Der Bedarf an elektrischer Energie nahm im Jahre 1972 im Vergleich zum Vorjahr von 4,124.102 MWh auf 4,459.900 MWh, somit um 8,1 Prozent zu. Von der verbrauchten Strommenge erzeugten das Dampfkraftwerk Simmering 2,943.000 MWh und die eigenen Wasserkraftwerke 90.600 MWh. Die kalorische Eigenerzeugung übertraf somit im Jahre 1972 die Vorjahrsproduktion um 4,5 Prozent und die Erzeugung des Jahres 1970 um 24 Prozent. Der gesamte Energiebedarf hat sich, verglichen mit dem Jahre 1937, um 861,6 Prozent erhöht.

Die höchste Belastungsspitze ergab sich am 19. Jänner 1972 mit 848 MW; sie war um 68 MW höher als im Jahre 1971 und um 104 MW höher als im Jahre 1970, gegenüber dem Jahre 1937 zeigte sie eine Zunahme von 701,2 MW. Der größte Tagesbedarf an elektrischer Energie seit dem Bestehen der Elektrizitätswerke wurde am 18. Jänner 1972 gemessen; er betrug 18.324 MWh. Diesen Anforderungen gerecht zu werden, gelang nur durch größtmögliche Ausnützung aller vorhandenen Anlagen. Wirft der überdurchschnittliche Energieverbrauch an sich schon Probleme für die Elektrizitätswirtschaft auf, so führte die extreme Trockenheit des Jahres 1971 zu einer Minderung der Kapazität der heimischen Wasserkraftwerke, weil die Wasserspeicher nicht ausreichend gefüllt wurden. Der schneearme Winter 1971/72 verschärfte überdies die Situation, so daß im Herbst 1972 zu Notstandsmaßnahmen gegriffen werden mußte, obwohl sämtliche verfügbaren thermischen Kraftwerke, vor allem das Dampfkraftwerk Simmering, voll eingesetzt wurden. Wegen der schwierigen Lage, in der sich die gesamte österreichische Energiewirtschaft befand, schränkten die Wiener Elektrizitätswerke das Revisionsprogramm in ihren Erzeugungs- und Verteilungsanlagen auf ein Mindestmaß ein, um der Verbundgesellschaft die Möglichkeit zu geben, dem gesamtösterreichischen Netz zusätzliche elektrische Energie aus Wien zuführen zu können.

Es war somit äußerst wichtig, daß der Wiener Gemeinderat mit den Beschlüssen vom 28. April, Pr.Z. 1145/72, und 17. November 1972, Pr.Z. 3296/72, die Errichtung eines Gasturbinenkraftwerkes mit einer Leistung von 85/100 MW für die Spitzenlastdeckung im Gaswerk Leopoldau genehmigte. Die Projektierungsarbeiten sowie die notwendigen behördlichen Verfahren wurden bereits eingeleitet. Das Kraftwerk wird mit Erdgas oder Heizöl leicht betrieben werden können, die erzeugte elektrische Energie wird in das 110 kV-Umspannwerk Leopoldau eingespeist werden. Der Turbinensatz, der Block- und Eigenbedarfstransformator sowie die 110 kV-Kabel konnten ebenfalls noch im Jahre 1972 bestellt werden, der Beginn der Bauarbeiten ist für das Frühjahr 1973, die Inbetriebnahme des Kraftwerkes für November 1974 vorgesehen. Der Betrieb wird vollautomatisch vom Kraftwerk Donaustadt aus gesteuert und überwacht werden. Sollte Wärmebedarf bestehen, ist der Einbau eines Abhitzebeckens zur Abwärmeverwertung für die Erzeugung von Fernwärme möglich.

Im März 1972 beendete eine Kommission des Rechnungshofes ihre im Oktober 1971 begonnene Einschau in die Gebarung der Wiener Elektrizitätswerke als Landeselektrizitätsgesellschaft; der Einschaubericht wurde jedoch bis Jahresende noch nicht zur Stellungnahme übermittelt.

Über die Ausbau- und Erhaltungsarbeiten an den Betriebsanlagen kann hier nur ein kurzer Überblick gegeben werden.

Im Dampfkraftwerk Simmering wurde nach dem vorläufigen Abschluß des Ausbaus der Erzeugungsanlagen mit der Erweiterung und Modernisierung der Umspann- und Eigenbedarfsanlagen begonnen. Diese Arbeiten wurden einerseits wegen des nach der Inbetriebnahme des neuen Kraftwerkes Donaustadt größer werdenden Energietransports und andererseits wegen der Notwendigkeit, die eigenen Versorgungsanlagen dem derzeitigen technischen Stand anzupassen, vorgenommen.

Die 110 kV-Innenraumschaltanlage muß auf beiden Enden um einige Schaltfelder verlängert werden, wofür an beiden Seiten der U-förmigen Halle ein Anbau zu errichten war. Die Arbeiten für die Gruppe A, die ein Teilgebiet des nördlichen Versorgungsnetzes umfaßt, wurden im Jahre 1972 abgeschlossen, so daß über zwei zusätzliche 110 kV-Kabel die Energieverteilung aufgenommen werden konnte. Die Halle für die Gruppe I, die ein Teilgebiet des südlichen Versorgungsnetzes kontrolliert, wurde baulich fertiggestellt. Ab Beginn des Jahres 1973 werden die elektrischen Einrichtungen und gleichzeitig ein elektronischer Sammelschienenschutz installiert werden, der rascher anspricht und daher Fehlauflösungen, die bisher bei Netzpendelungen auftraten, verhindern wird.

Die grundsätzlichen Änderungen in den eigenen Versorgungsanlagen sind die Aufstellung von zwei 200 V-Batterien für die von der allgemeinen Gleichstromversorgung unabhängige Gleichstromanspeisung der 110 kV-, 30 kV- und 5/10 kV-Anlagen sowie die Spannungsversorgung der Kühlwasserpumpensätze, die so geändert wurden, daß jeder Pumpensatz von der allgemeinen Eigenbedarfsanlage oder von dem ihm zugeordneten Blockkraftwerk versorgt werden kann. Weiters wurde eine Umschaltautomatik installiert, die verhindert, daß sich bei einer Störung mehr Blockeigenbedarfsanlagen auf den allgemeinen Eigenbedarf umschalten können, als es der Leistungsfähigkeit der Eigenbedarfsmaschine ent-

spricht. Ebenso wurde mit Verbesserungen in der Erdgasversorgung des Kraftwerkes begonnen. Zu Ende des Jahres 1972 war in der Erdgasregelstation 1 eine neue Regelstraße nahezu betriebsfertig, in der Erdgasregelstation 2 wird im Jänner 1973 mit der Errichtung einer weiteren Regelstraße angefangen werden. Um die Betriebssicherheit der Blockkraftwerke zu erhöhen, wurde eine zweite Hochdruckerdgasanspeisung zu den Blockkraftwerken 5 und 6 errichtet.

Ende November wurde nach der Fertigstellung der Heizölföhrleitung zwischen den Kraftwerken Simmering und Donaustadt erstmals begonnen, Heizöl in die Behälter des Kraftwerkes Donaustadt zu pumpen.

Die Revisionsarbeiten in den Blockkraftwerken und im Werk 1 waren, da diese infolge des Energiemangels lange Zeit hindurch in Betrieb gehalten werden mußten, besonders aufwendig und in sehr kurzen Revisionszeiten zu bewältigen.

Im Kraftwerk Donaustadt wurden die Bauarbeiten am Blockkraftwerk 1 und an den Nebengebäuden abgeschlossen. Die Montage der Kesselanlage konnte soweit fertiggestellt werden, daß die Wasser- und Gasdruckprobe durchgeführt und Anfang des Jahres 1973 die Vorbereitungsarbeiten für das Beizen aufgenommen werden können. Die Turbine wurde bis auf die Niederdruckwelle ausgeliefert, die Kondensationsanlage, einschließlich der Vorwärmer und der Speisepumpen, wurde fertig montiert.

Der Generator war ebenfalls nahezu fertiggestellt, so daß der Probetrieb der Blockanlage für Sommer 1973 festgelegt werden konnte.

Die Aushubarbeiten für die Errichtung des Kühlwasserentnahmebauwerkes in der Donau mußten im März 1972 eingestellt werden, da infolge des Auftretens von Druckwassererosionen Grundbruchgefahr bestand. Die Umstellung auf Caissonbauweise führte zu einer Verzögerung im Ablauf der Montage der Reinigungsanlagen, die sich jedoch auf den Fertigstellungstermin der Blockanlage nicht auswirkte. Alle übrigen Bauwerke im Bereich der Kühlwasserversorgung, einschließlich der Rohrleitungen, wurden, bis auf das Anschlußstück der Rohrbrücke zum Entnahmebauwerk, fertiggestellt.

Anfang Dezember 1972 wurde die 110 kV-Freiluftschaltanlage in Betrieb genommen, die der in das Kraftwerk eingebundenen 110 kV-Freileitung vom Dampfkraftwerk Simmering zum Unterwerk Stadlau zugeordnet ist. Auch sämtliche Hoch- und Niederspannungsschaltanlagen für den allgemeinen und für den Eigenbedarf des Blockkraftwerkes waren fertiggestellt, ebenso die 30 kV-Kabelverbindung vom Kraftwerk Simmering zum Kraftwerk Donaustadt. In der Blockwarte wurde an der Verdrahtung der Meß-, Regel- und Überwachungsanlagen sowie der Einrichtungen für den automatischen Betrieb der Blockanlage gearbeitet. Weiters wurde die Rechenanlage für die Datenprotokollierung und die Kenngrößenberechnung installiert. Im Betriebsgebäude konnte die für den Automatikbetrieb eingerichtete Vollentsalzungsanlage und die Kondensatreinigungsanlage ebenfalls fertiggestellt werden.

Ende November 1972 wurde die 4,7 km lange Heizölföhrleitung vom Kraftwerk Simmering zum Kraftwerk Donaustadt in Betrieb genommen und einer der beiden ebenfalls fertiggestellten 30.000 t-Heizölbehälter teilweise aufgefüllt. Die Erdgasregelstation für das Blockkraftwerk 1 wurde installiert, der Anschluß an die von Aderklaa in den 22. Wiener Gemeindebezirk neu verlegte Erdgasleitung hergestellt.

Im Juli 1972 wurde mit den Bauarbeiten für das 150/162 MW-Blockkraftwerk 2 begonnen. Die Kellergeschosse des Maschinen-, Kessel- und Schalthauses wurden bis zu den Decken betoniert. Die Montagearbeiten werden im Frühjahr 1973, der Betrieb des Kraftwerkes wird voraussichtlich im Herbst 1975 aufgenommen werden.

Was die Arbeiten an den Umspannwerken, Unterwerken und Schaltstationen anlangt, so waren diese an dem neuen 110/10 kV-Umspann- und Unterwerk Speising im August 1972 soweit beendet, daß dieses mit sämtlichen Schaltanlagen und vorläufig zwei Regelleistungsumspannern für je 40 MVA, einschließlich der Fernsteuerung, in Betrieb genommen werden konnte. Nach der Fertigstellung der 20 kV-Schaltanlage und der 110/20 kV-Abspannung mit zwei Regelleistungsumspannern für je 20 MVA im Umspannwerk Südost konnte die Abgabe von elektrischer Energie in dieser Spannungsebene erfolgen.

Ferner wurden in den Umspannwerken Zedlitzhalle und Leopoldstadt weitere 40 MVA-Umspanner mit der direkten Abspannung von 110 kV auf 10 kV in Betrieb genommen.

Die Hochbauarbeiten an dem Umspann- und Unterwerk Handelskai, die im Jahre 1972 begonnen worden waren, konnten fertiggestellt werden. Neben der direkten Abspannung von 110/10 kV ist eine Gleichrichteranlage für die Straßenbahn vorgesehen. Ebenso ist die neue 110 kV-Halle im Umspannwerk Leopoldau soweit gediehen, daß mit den Elektromontagen begonnen werden konnte.

Auf dem Areal des alten Umspannwerkes Schmelz wurde im Jahre 1972 mit den Bauarbeiten für ein neues Umspannwerk begonnen. Die 110 kV-Innenraumschaltanlage mit einer Einfachsammel-

schiene wird im Endausbau aus fünf Kabel- und vier Umspannerabzweigen bestehen. Es werden auch hier Transformatoren mit einer direkten Abspannung von 110 auf 10 kV aufgestellt werden. Für die Versorgung der Straßenbahn ist eine Gleichrichteranlage mit zwei 3.500 A-Siliziumgleichrichtereinheiten vorgesehen.

Die Planungsarbeiten für den Neu- und Umbau des Umspannwerkes Penzing wurden abgeschlossen. Mit dem Neubau der 110 kV-Halle wird im Frühjahr 1973 begonnen. Die 110 kV-Innenraumschaltanlage wird im Endausbau aus einer Einfach sammelschiene mit fünf Kabelabzweigen und vier Umspannerabzweigen bestehen. Außerdem ist die Aufstellung von zunächst drei 40 MVA-Transformatoren für eine Abspannung von 110 auf 10 kV vorgesehen. Die 5 kV-Anlage wird auf 10 kV-Betrieb umgerüstet und um einen Anlagenteil erweitert werden, der in der aufzulassenden 30 kV-Anlage errichtet werden wird.

Für die Energieversorgung der Straßen- und Stadtbahn waren erhebliche Investitionen notwendig. Im Frühjahr 1972 wurden die Gleichrichterstützpunkte Friedensbrücke und Dornbach in Betrieb genommen; die Stützpunkte Rothneusiedl und Dresdner Straße wurden im Dezember eingeschaltet.

Die für den U-Bahn-Bau notwendigen Planungsarbeiten, vor allem für die Situierung und elektrische Ausrüstung der künftigen U-Bahn-Unterwerke, wurden in verstärktem Maße fortgesetzt. Die Planung des größten Unterwerkes am Karlsplatz war zu Ende des Jahres 1972 so weit gediehen, daß die elektrische Ausrüstung ausgeschrieben werden konnte. Außerdem wurde die Anspeisung der U-Bahn Probestrecke auf der Wasserleitungswiese in Betrieb genommen, so daß der Erprobung des vorhandenen U-Bahn-Doppeltriebwagens nichts mehr im Wege stand.

Von den Arbeiten in den Hochspannungsnetzen wäre zunächst zu erwähnen, daß im 110 kV-Freileitungsnetz, zur Einbindung des Kraftwerkes Donaustadt in den bestehenden Leitungszug, zwischen dem Kraftwerk Simmering und dem Umspannwerk Stadlau 3,5 km Doppelfreileitungssysteme errichtet wurden. Die 110 kV-Freileitung vom Umspannwerk Südost nach Moosbrunn wurde fertiggestellt und vorerst mit 20 kV-Spannung in Betrieb genommen.

Im 110 kV-Kabelnetz wurden ca. 65 km Einleiterkabel verlegt, um 49 Prozent mehr als im Jahre 1971. An größeren Arbeiten sind zu nennen: die Fertigstellung der Doppelkabelverbindung vom Umspannwerk Nord zum Kraftwerk Simmering; die Inbetriebnahme des Umspannwerkes Speising; der Beginn der Arbeiten für die Doppelkabelverbindung vom Umspannwerk Eisenstadtplatz zum Umspannwerk Süd; die Herstellung von Kabelverbindungen zwischen den Schaltanlagen und den Transformatoren im Umspannwerk Leopoldstadt und im Kraftwerk Donaustadt sowie schließlich der Umbau der Kabeltrassen in der Nordbrücke.

Weiters wurde anlässlich der Errichtung des neuen Kraftwerkes Donaustadt eine 30 kV-Kabelverbindung zwischen den Kraftwerken Simmering und Donaustadt geschaffen. Im Jahre 1972 wurden insgesamt 10,1 km Drehstromkabel neu verlegt, 2,6 km mußten im Bereiche von U-Bahn-Baustellen in andere Trassen umgelegt werden.

Im 20 kV-Netz wurden die Kabelverlegungen zur Aufschließung des Blumentales im 23. Bezirk für die Industrieansiedlung und auch die Aufschließung der Trabrennvereinsgründe in 22, Kagran, beendet. Mit den Arbeiten für das WIG-Gelände wurde begonnen. Weiters wurden 20 kV-Kabel vom Umspannwerk Südost nach Maria-Lanzendorf verlegt. Die bei diesen und anderen Arbeiten gelegten 20 kV-Kabel erreichten eine Länge von 52,6 km. Außerdem wurden, vorwiegend im niederösterreichischen Versorgungsgebiet, 49,3 km 20 kV-Freileitungen errichtet.

Die Umschaltung von 5 kV auf 10 kV im Versorgungsgebiet des Umspannwerkes Neubad wurde im Herbst 1972 abgeschlossen; zur selben Zeit wurden die Umschaltarbeiten im Gebiet des Umspannwerkes Ottakring aufgenommen. Die im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau notwendigen Kabelumlegungsarbeiten wurden dem Bauzeitenplan entsprechend durchgeführt. Bei diesen Arbeiten wurden auch etliche 10 kV-Anspeisekabel für die künftigen Unterwerke der U-Bahn mitverlegt. Die Kabelarbeiten für den Gleichrichterstützpunkt zur Versorgung der Probestrecke der U-Bahn konnten im November 1972 beendet werden.

In den Niederspannungsnetzen der Wiener Elektrizitätswerke wurden im Jahre 1972 insgesamt 215 km Kabel verlegt und 162,4 km Niederspannungsfreileitungen, vor allem in den Ortsnetzen, errichtet oder übernommen und verstärkt. Ferner wurden 667 Hausanschlüsse von  $3 \times 220$  V auf  $3 \times 380/220$  V umgeschaltet. Diese Umschaltung umfaßte 5.558 Stromabnehmer mit einem Anschlußwert von 22.395 kW. Zu Jahresende waren noch etwa 2.000 Häuser und ca. 150 Freileitungsanschlüsse umzuschalten.

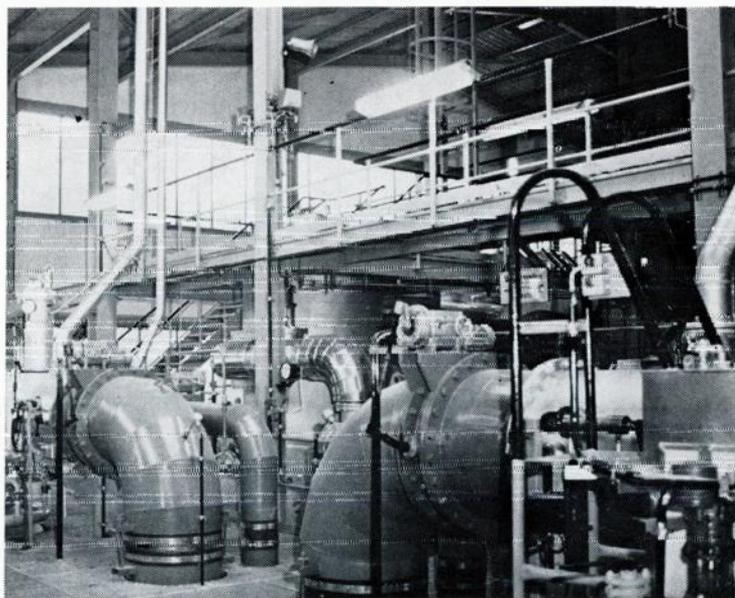
Die Vorbereitungen für die Inbetriebnahme einer weiteren Gruppe des Niederspannungsmaschennetzes im 1. Wiener Gemeindebezirk wurden abgeschlossen. Für die Straßenbahn und Stadtbahn wurden 55 km Einleitergleichstromkabel verlegt.



Stadtrat Franz Nekula (Städtische Unternehmungen) besuchte den 100.000. Haushalt, der seit Beginn der Aktion im September 1970 auf Erdgas umgestellt wurde

#### Wiener Stadtwerke — Gaswerke

Im Gaswerk Leopoldau wurde eine neue Spaltanlage in Betrieb genommen





Der Fahrer des schaffnerlosen Triebwagens ist gleichzeitig auch Fahrkartenverkäufer

#### Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe

Ein Spezialfahrzeug der Wiener Verkehrsbetriebe dient der Betreuung der mehr als 2.000 Straßenbahn- und Autobus-Haltestellen

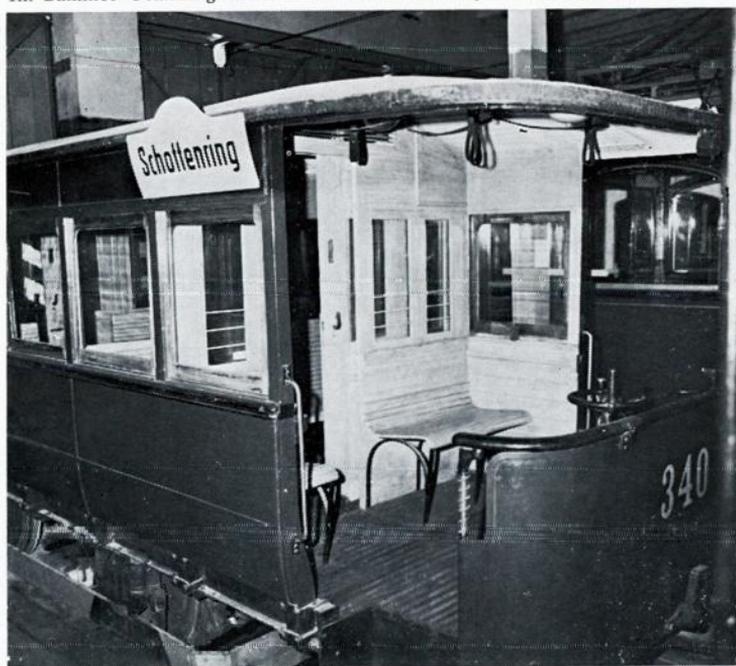


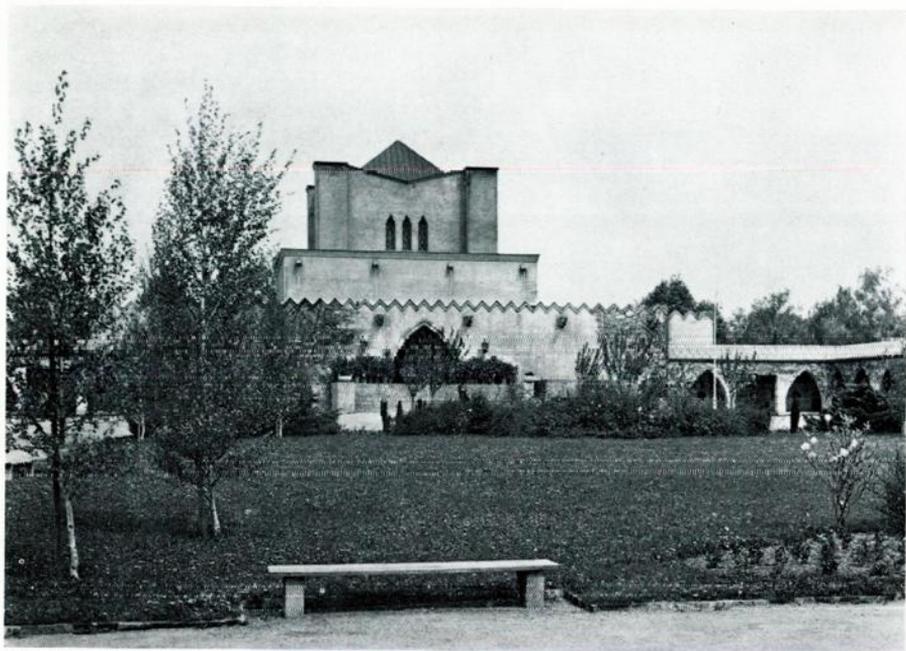


Mit diesen fünf neuen Autobussen verfügen die Wiener Verkehrsbetriebe über 393 einsatzbereite Autobusse

Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe

Im Bahnhof Ottakring wurde das Wiener Tramwaymuseum eröffnet





Vor 50 Jahren wurde die Feuerhalle Wien-Simmering als erstes Krematorium der Republik Österreich durch Bürgermeister Jakob Reumann seiner Bestimmung übergeben

#### Wiener Stadtwerke — Städtische Bestattung

In den Jahren 1967 bis 1969 wurde das Krematorium nach Plänen von Prof. Dr. Clemens Holzmeister umgebaut und erweitert



Die Erweiterung des 110 kV-Kabelnetzes, die Fernsteuerung von Umspannwerken und Schaltanlagen sowie der weitere Ausbau des Maschennetzes erforderten die Verlegung von rund 123 km Fernsprech- und Steuerkabeln. Die Zahl der verfügbaren Fernsprechstellen betrug zu Ende des Jahres 1972 2.864. Für den Betriebs- und Störungsdienst des gesamten, von den Elektrizitätswerken betreuten Kabelnetzes standen 59 mit Funk ausgestattete Fahrzeuge zur Verfügung.

An Netzumspannanlagen waren im Versorgungsnetz der Elektrizitätswerke Ende Dezember 1972 insgesamt 6.529 Transformatorstationen mit 7.574 Netztransformatoren und einer Übertragungsleistung von 2.682.951 kVA in Betrieb; die Anzahl der Transformatorstationen war somit um 329, ihre Übertragungsleistung um 175.890 kVA höher als im Vorjahr.

Da die finanziellen Mittel in der ersten Jahreshälfte nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung standen, erreichte die Zahl der im Jahre 1972 umgeschalteten Netzstationen die des Jahres 1971 nicht. Es wurden 154 Stationen von 5 kV auf 10 kV, 8 Stationen von 5 kV auf 20 kV und eine Station von 10 kV auf 20 kV umgeschaltet.

Die Werkstätte der Abteilung für Netzumspannanlagen baute 1.200 Schaltfelder für 10 kV, 210 Schaltfelder für 20 kV sowie 2.700 Niederspannungsschaltfelder.

Für die öffentliche Beleuchtung wurden 11.452 Lampen im Jahre 1972 in Betrieb genommen. Insgesamt waren zu Jahresende im Wiener Stadtgebiet, einschließlich der Verkehrsleuchten, 211.991 Lampen mit einem Anschlußwert von 14.635 kW angeschlossen. Die mit den Erhaltungsarbeiten befaßte Abteilung der Elektrizitätswerke mußte 86.230 ausgebrannte Lampen tauschen.

Im März 1972 wurde ein neuer Kabelmeßwagen in Betrieb genommen, der sich bereits mehrfach bewährt hat. Von der Relaisstelle wurden, neben den laufenden Instandhaltungsarbeiten und Überprüfungen der Schutzeinrichtungen, für Neubauten und Erweiterungen von Umspannwerken und Netzstationen die Schutzeinrichtungen geplant, bestellt, eingebaut und in Betrieb genommen.

Ebenso wurde der Ausbau des Tonfrequenzrundsteuernetzes fortgesetzt; 8 neue Sendeanlagen konnten im Jahre 1972 den Betrieb aufnehmen. Im Lastverteiler wurde mit dem Umbau der Zentralsteuerung für die Tonfrequenzsendeanlagen auf eine Steuerapparatur mit vollelektronischen Bauteilen begonnen; sie wird voraussichtlich im Jahre 1973 in Betrieb genommen werden können. Für den geplanten Ausbau des Netzes wurden umfangreiche Untersuchungen angestellt, die ergaben, daß es notwendig sein wird, noch vor Ende dieses Jahrzehnts dem 110 kV-Netz eine höhere Spannungsebene zu überlagern; der Ausbau soll 1985 abgeschlossen sein.

Der Kundendienst schloß im Jahre 1972 insgesamt rund 23.000 Anlagen an das Versorgungsnetz an, so daß zu Jahresende im Versorgungsgebiet der Wiener Elektrizitätswerke 1.233.249 Zähler in Betrieb waren. Das Interesse der Konsumenten an Nachtspeicherheizgeräten war wieder groß, wie die rund 17.500 diesbezüglichen Anfragen bewiesen. 6.552 Anlagen mit einem Anschlußwert von rund 77.500 kW konnten angeschlossen werden. Erstmals wurden für Nachtspeicheranlagen keine Schaltuhren gekauft, sondern die Schaltuhren durch Rundsteuerempfänger ersetzt. In neuen Anlagen wurden nur noch Rundsteuerempfänger montiert.

Die praktischen Arbeiten am integrierten Informationssystem für den technischen und den kaufmännischen Dienst wurden fortgesetzt und nahezu abgeschlossen. Bis zum Jahresende wurden sämtliche Wiener Bezirke und, mit Ausnahme des Bereiches der Betriebsstelle Baden, auch alle übrigen Betriebsstellen in dieses System eingebaut. Für die noch verbliebenen Anlagen der Staats- und Gemeindedienststellen, der Dienststellen der Wiener Stadtwerke und der Betriebsstelle Baden wurde mit den Vorbereitungsarbeiten begonnen.

Die neue Betriebsstelle Klosterneuburg konnte nach Abschluß der Arbeiten im Sommer 1972 den Betrieb aufnehmen, wodurch die Kundenbetreuung verbessert werden konnte; auch für das Personal ergaben sich dadurch günstigere Arbeitsbedingungen.

Nach Abschluß langwieriger Verhandlungen wurde das gesamte Ortsnetz von Leobersdorf an das Versorgungsnetz der Wiener Elektrizitätswerke angeschlossen. Für die Übernahme einiger Ortsnetze im Ybbstal wurden Vorarbeiten geleistet.

Die Arbeit auf kaufmännischem Gebiet gestaltete sich ausgesprochen schwierig. Die in zunehmendem Maße notwendig werdenden Investitionen bei nur knapp vorhandenen Geldmitteln erforderten eine enge Zusammenarbeit von technischem und kaufmännischem Personal. Der Antrag auf die Strompreiserhöhung, die am 1. Juni 1972 in Kraft trat, mußte vorbereitet werden, und nach seiner Genehmigung waren die Unterlagen für die Rechnungslegung zu erstellen. Nicht zuletzt war auch die Überführung des Unternehmens durch den Rechnungshof, der sich intensiv mit der kaufmännischen Gebarung befaßte, infolge des Bereitstellens der schriftlichen Unterlagen und der vielen begehrten mündlichen Auskünfte mit Mühen verbunden.

Das größte Problem stellte jedoch die mit 1. Jänner 1973 beschlossene Einführung der neuen Umsatzsteuer dar. Das kaufmännische Personal hatte an Kursen, Vorträgen und Besprechungen über die Mehrwertsteuer teilzunehmen, der bereits fertiggestellte Wirtschaftsplan für das Jahr 1973 mußte umgearbeitet werden. Schließlich waren auch die Techniker des Unternehmens zu informieren.

Im Jahre 1972 kamen von den 3.875 Bediensteten der Elektrizitätswerke 124 Dienstnehmer durch Unfälle zu Schaden, um 6 weniger als im Vorjahr. 96 waren leichte, 28 schwere Unfälle. Durch diese Unfälle wurden 2.330 Krankentage verursacht. 24 Dienstnehmer erlitten auf dem Weg zur Dienststelle einen Unfall, 7 von ihnen einen schweren. 4 Unfälle waren Elektrounfälle, 21 schwere Unfälle ereigneten sich im Betrieb. Um die Fahrten mit Dienstfahrzeugen sicherer zu gestalten, wurden vorerst alle Personenkraftwagen mit Sicherheitsgurten ausgestattet. Die häufigste Unfallursache war nach wie vor Unachtsamkeit. Bei 8 Verkehrsunfällen konnte die Unfallursache nicht geklärt werden.

Die Brandschutzorganisation des Unternehmens bewies ihre Schlagkraft insofern, als von den drei Bränden, die sich im Jahre 1972 in den Anlagen der Elektrizitätswerke ereigneten, zwei ohne Hilfe der Feuerwehr vom eigenen Personal gelöscht werden konnten. Die Schulung des Personals wurde fortgesetzt, wobei organisatorische Maßnahmen, wie Brandalarmpläne, Handhabung der Brandschutzbücher und das Vorgehen in der Praxis, erörtert wurden. Den 15 Vorträgen und Filmvorführungen schlossen sich praktische Übungen mit den der Feuerbekämpfung dienenden Geräten an. Alle Objekte und Geräte wurden im Laufe des Jahres mehrmals, zum Teil gemeinsam mit der Wiener Feuerwehr und dem Arbeitsinspektorat, auf ihre Feuersicherheit überprüft; Mängel wurden hiebei nicht festgestellt.

Das chemische Laboratorium der Elektrizitätswerke führte 7.904 Analysen durch. Die starke Zunahme seiner Tätigkeit im Vergleich zum Jahre 1971 stand im Zusammenhang mit der Errichtung des Dampfkraftwerkes Donaustadt. Außer den Untersuchungen für die eigenen Anlagen wurden Aufträge von der Privatwirtschaft übernommen. Für die Verkehrsbetriebe wurden sämtliche Schmier- und Treibstoffe auf ihre Eignung geprüft. Wie in den früheren Jahren wurde auch die Mitarbeit in den Fachausschüssen gepflegt.

Das physikalische Laboratorium besorgte als staatlich autorisierte Prüfstelle und als Prüfstelle des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs gleichermaßen Betriebsmittelprüfungen für die Elektrizitätswerke selbst wie auch für fremde Firmen. Die Prüfungen erstreckten sich auf Elektrogeräte, Installationsmaterialien, Glühlampen, Leuchten und andere im Zusammenhang mit elektrischer Energie verwendete Materialien, meist dienten sie der Erlangung des Österreichischen Prüf- und Qualitätszeichens. Die Prüftätigkeit umfaßte 3950 Betriebsmittelprüfungen für die Elektrizitätswerke, 1.200 Betriebsmittelprüfungen für fremde Firmen, 400 Prüfungen von Verbrauchsgütern, 180 Prüfungsaufträge für Installationsmaterial sowie 1.250 Prüfungen an Glühlampen, Leuchten und Zubehör. Weiters wurde die Mitarbeit in verschiedenen technischen Ausschüssen des Österreichischen Verbandes für Elektrotechnik und des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs erfolgreich weitergeführt und die Zusammenarbeit mit den Prüfstellen des In- und Auslandes intensiviert.

Die Fahrleistungen des Kraftwagenbetriebes nahmen gegenüber dem Jahre 1971 neuerlich zu. Dies ist vor allem auf den Bau des Kraftwerkes Donaustadt, die Vorbereitungsarbeiten für die Errichtung eines Gasturbinenkraftwerkes in Leopoldau und die größere Anzahl von U-Bahn-Baustellen zurückzuführen. Mit werkseigenen Fahrzeugen wurden 3.548.011 km, mit fremden rund 17.300 km und mit beamteneigenen Fahrzeugen rund 528.600 km zurückgelegt.

Die Werbe- und Beratungstätigkeit wurde wie in den Vorjahren gepflegt. In der Ausstellungs- und Beratungsstelle Mariahilf wurden an 248 Besuchstagen 21.550 Interessenten gezählt. Von diesen zeigten 21 Prozent Interesse an einer Elektroheizung, 16 Prozent an Elektroherden, 15 Prozent an Waschmaschinen, je 10 Prozent an Kleingeräten, Heißwasserspeichern und Kühlgeräten sowie 9 Prozent an Geschirrspül- und Bügelmaschinen; 9 Prozent der Anfragen waren allgemeiner Natur. Ein Vergleich mit dem Vorjahr läßt erkennen, daß die Nachfrage nach Elektroheizungen nachgelassen hat, das Interesse an Elektroherden, Waschmaschinen sowie Geschirrspül- und Bügelmaschinen aber größer geworden ist. Hier wäre zu bemerken, daß die elektrische Nachtspeicherheizung in den letzten Jahren im Versorgungsgebiet der Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke eine stürmische Entwicklung genommen hat. Zumeist ersetzte sie altmodische Koks- oder Kohleöfen, deren Abgase eine starke Umweltbelastung bedeuteten. Zu Ende des Jahres 1972 erreichte sie bereits einen Anschlußwert von 542 Megawatt. Damit liegt Wien, was diese Art der Raumheizung anlangt, nicht nur in Österreich an der Spitze, sondern kann auch international gesehen sehr gut bestehen. Die Nachtspeicherheizung ist jedoch zu einem Problem geworden, das den Elektrizitätswerken Sorge bereitet. Infolge des stürmischen Anstieges dieser Komforthheizung in den letzten Jahren hat es sich ergeben, daß in einzelnen Versorgungsbereichen bereits extreme Nachtbelastungen auftreten. Daher können Nachtspeicher-

heizungen nur in solchen Netzbereichen angeschlossen werden, wo durch die vorgegebene Tagesbelastung in der Nacht noch Kapazitäten frei sind. Es sind auch die gegenwärtigen Tarife für Nachtstromheizungen nur dann zu halten, wenn eben freie Kapazitäten, die durch die Tagstromerzeugung zur Verfügung stehen, verkauft werden. Eigene Erzeugungs- oder Verteilungsanlagen nur für Nachtstromheizungen zu bauen, ist jedoch mit dem gegebenen Tarif nicht denkbar. Überdies muß die Annahme, man könne aus Gründen des Umweltschutzes die Heizung mit elektrischem Strom immer mehr ausweiten, als unreal betrachtet werden. Der elektrische Strom ist an sich nicht zum Heizen da und kann nur einen sehr geringen Teil des Heizbedarfes decken. Daher haben die Elektrizitätswerke, denen diese Situation naturgemäß immer bekannt war, niemals für Stromheizungen geworben, vielmehr war es die Elektrogeräteindustrie, die für ihre Produkte Werbung betrieben hat.

In der Beratungsstelle wurden laufend Vorträge und Filmvorführungen für Hauswirtschaftsschulen, Lehrerinnenbildungsanstalten, Fachschulen für soziale Frauenberufe sowie für polytechnische Jahrgänge abgehalten. Es fanden auch praktische Vorführungen an Elektrogeräten statt, bei welchen die Möglichkeit bestand, die Geräte selbst zu erproben.

Wie immer waren die Elektrizitätswerke auf den beiden Wiener Messen vertreten. Die dort an sie gerichteten Fragen bezogen sich vorwiegend auf Nachtspeicherheizungen und deren Anschlußbedingungen sowie auf die Tarifgestaltung.

Die Mitarbeit in den Fachausschüssen, Vereinigungen und Körperschaften wurde fortgesetzt. Am „Tag der offenen Tür“ wurden im Dampfkraftwerk Simmering und auf der Baustelle des neuen Dampfkraftwerkes Donaustadt Führungen veranstaltet, an denen ca. 1.000 Besucher teilnahmen.

### Gaswerke

Im Jahre 1972 wurden zur Erzeugung von Stadtgas 79,652.300 m<sup>3</sup> Erdgas-Luftspaltgas, 104,685.600 m<sup>3</sup> Aeromethan und 443,694.300 m<sup>3</sup> Wasserdampfspaltgas produziert und 229,620.200 m<sup>3</sup> Erdgas direkt beigemischt; die ganze erzeugte Stadtgasmenge betrug daher 857,652.400 m<sup>3</sup>. Sie war um 5,24 Prozent geringer als die des Jahres 1971.

Von den beiden Stadtgaserzeugerwerken Simmering und Leopoldau wurden 387,7 Millionen Normkubikmeter Erdgas bezogen und zur direkten Beimischung, zur Luft- und Wasserdampfspaltgas-, aber auch zur Aeromethanerzeugung sowie zur Kesselunterfeuerung verwendet.

An der Stadtgasproduktion waren das Werk Simmering zu 51,04 Prozent und das Werk Leopoldau zu 48,96 Prozent beteiligt. Einschließlich einer Behälterdifferenz von - 117.000 m<sup>3</sup> wurden von den beiden Werken insgesamt 857,769.400 m<sup>3</sup> Stadtgas abgegeben, um 5,23 Prozent weniger als im Vorjahr.

In den Spaltanlagen wurde auch russisches Naphta (Benzin) als Rohstoff für die Spaltgasproduktion herangezogen. Der Kohlenmonoxydgehalt des Stadtgases betrug beim Werk Simmering 2,1 Prozent und beim Werk Leopoldau 1,8 Prozent.

828,456.218 m<sup>3</sup> Stadtgas wurden verkauft und 1,864.182 m<sup>3</sup> Stadtgas für den eigenen Bedarf außerhalb der Erzeugungsbetriebe verbraucht; der Stadtgasmeßverlust betrug 27,449.000 m<sup>3</sup>, das sind 3,2 Prozent der von den Werken abgegebenen Stadtgasmenge.

Der Verbrauch erreichte im Jänner 1972 mit 134,148.300 m<sup>3</sup> seinen Spitzenwert, sank dann im August auf 29,743.400 m<sup>3</sup> ab und stieg bis Dezember auf 110,475.600 m<sup>3</sup> an; in diesem Monat wurde die zweitgrößte Abgabemenge verzeichnet. Es ist dies deshalb erwähnenswert, weil im Jahre 1971 nach einem Verbrauchsrückgang im Februar im März eine Abgabemenge erreicht wurde, die den Dezembervverbrauch bei weitem übertraf. Der Eigenverbrauch innerhalb des Erzeugungsbereiches ist in den angegebenen Abgabemengen nicht enthalten.

Die Umstellung der Versorgung der Verbraucher von Stadtgas auf reines Erdgas führt, je nach der jährlichen Umstellungsleistung, zu einem kontinuierlichen Absinken der Stadtgasabgabe und zugleich zu einer steten Zunahme der Erdgas-Direktabgabe an die Tarifabnehmer. Im Jahre 1971 wurden an Erdgasabnehmer 15,530.932 Normkubikmeter Erdgas abgegeben, im Jahre 1972 hingegen 61,159.591 Normkubikmeter. Bei einer Umrechnung der Erdgas-Direktabgabe an Tarifabnehmer auf Grund des Wärmewertes — Erdgas/Stadtgas — auf Stadtgas, um die Abgabemenge mit der des Vorjahres vergleichen zu können, ergibt sich ein Ansteigen der Gasabgabe von 939,779.100 m<sup>3</sup> im Jahre 1971 auf 994,666.700 m<sup>3</sup> im Jahre 1972. Je Tarifabnehmer wurde eine durchschnittliche Gasabgabe von 1.267 m<sup>3</sup> errechnet.

Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß der Heizwert des Erdgases etwa doppelt so hoch ist wie der des Stadtgases, die Erdgasflamme völlig frei von Schwefeldioxyd ist und auch keine Ruß- oder Flugaschebestandteile enthält und daher immer mehr auf die bequeme und saubere Gasheizung gegriffen wird. Im Jahre 1970 wurden 17.200, im Jahre 1971 bereits 20.000, im Jahre 1972 aber mehr als 23.000 neue Gasheizungen genehmigt. Allerdings bringen die hohen Zuwachsraten Versorgungs-

probleme mit sich, wenn es auch im Interesse des Umweltschutzes wünschenswert ist, möglichst viele Einzelöfen, deren Befuerung mit festen oder flüssigen Brennstoffen erfolgt, durch abgasfreie Heizungen zu ersetzen.

Ein wichtiger Schritt zur Energiekoordinierung und damit zu deren Lösung wurde in Wien durch die Gründung des Arbeitskreises für die Koordinierung der Energieversorgung (AKE) im Februar 1972 getan. Der Arbeitskreis setzt sich aus Mitgliedern der einzelnen Versorgungsunternehmen (Elektrizitätswerke, Gaswerke und Heizbetriebe) zusammen und steht unter der Führung des Energiewirtschaftlichen Referates der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke. Seine Aufgabe ist es, für alle Probleme der Energieversorgung in den einzelnen Versorgungsgebieten der Stadt Wien eine optimale Lösung zu finden. Bis Jahresende wurden Empfehlungen für Bauvorhaben mit einem Wärmeanschlußwert von insgesamt 165 Gcal/h gegeben. Bei Bauten, für die Förderungsmittel in Anspruch genommen werden, ist überdies nun ein von den Wiener Stadtwerken ausgearbeiteter Fragebogen vom Förderungswerber auszufüllen, in dem anzugeben ist, welche Energieversorgung für das Bauobjekt vorgesehen ist, und dem Kreditansuchen beizulegen. Mit einer positiven Erledigung ist nur zu rechnen, wenn eine nicht umweltverschmutzende Heizungsart vorgesehen ist.

Die Umstellung des Versorgungsnetzes der Wiener Stadtwerke — Gaswerke von Stadtgas auf Erdgas wurde das ganze Jahr über fortgesetzt. Die nördlich der Donau zum Teil noch mit Stadtgas versorgten Gebiete Donauefeld, Leopoldau und Kagran des 21. und 22. Wiener Gemeindebezirks wurden auf Erdgas umgestellt. Im Süden wurden Teile des 10. Wiener Gemeindebezirks, und zwar Ober-Laa, Unter-Laa, Rotheusiedel, die Per Albin Hansson-Siedlung Nord und Ost, Teile des 12., 13. und 23. Wiener Gemeindebezirks sowie die an das Versorgungsnetz der Wiener Stadtwerke — Gaswerke angeschlossenen niederösterreichischen Gemeinden Breitenfurt, Biedermannsdorf, Brunn am Gebirge, Gießhübel, Hennersdorf, Hinterbrühl, Kaltenleutgeben, Laxenburg, Maria-Enzersdorf, Mödling, Perchtoldsdorf, Vösendorf, Weißenbach und Wiener Neudorf von Stadtgas- auf Erdgasbezug umgestellt.

Die Erdgasumstellung in den Haushalten des nördlichen Versorgungsgebietes östlich der Donau wurde am 25. Februar 1972 mit dem Rayon 69 (Donauefeld) abgeschlossen. Da zu diesem Zeitpunkt der Rohrstrang, der die nach dem Umstellungsplan für die weitere Umstellung vorgesehenen Teile des 23. Wiener Gemeindebezirks sowie sämtliche niederösterreichischen Landgemeinden im südlichen Versorgungsgebiet versorgte, noch für die Stadtgasversorgung benötigt wurde und erst ab April zur Verfügung stand, mußten zur Überbrückung dieser Zeitspanne die an der Erdgastransportleitung Klebering — Gaswerk Simmering gelegenen Wohnhausanlagen in der Studenygasse und Weißenböckstraße sowie das Ortsgebiet von Kaiser-Ebersdorf vorgezogen werden. Ab dem zweiten Drittel des Monats April wurde sodann mit der Umstellung des südlichen Versorgungsgebietes begonnen und gleichzeitig die Umstellleistung von 2.300 auf 2.800 Geräte je Woche gesteigert.

Auf Grund einer Entscheidung des Amtsführenden Stadtrates für die städtischen Unternehmungen wurden die Kosten der Umstellung für sozial Bedürftige in den niederösterreichischen Landgemeinden von den Wiener Gaswerken übernommen. Von den insgesamt 19.055 in diesen Gebieten umgestellten Haushaltsgaskunden waren 1,99 Prozent Sozialfälle. Es folgten in der Umstellung Teile des 12., 13. und 23. Wiener Gemeindebezirks. Am 6. November wurden in 12, Hoffingergasse, die Geräte des 100.000. Haushaltsgaskunden für die Erdgasverwendung umgestellt.

Wegen der ab April 1973 vorgesehenen Steigerung der wöchentlichen Umstellleistung mußte die Organisation geändert werden. Die Rayone werden vorerst nur provisorisch eingeteilt. Nach Erhebung der dort in Verwendung stehenden Geräte wird sodann mit Hilfe eines eigens hierfür in Zusammenarbeit mit der Firma Integral geschaffenen Programms die Rayonsgröße genau festgelegt.

Im Jahre 1972 wurden in insgesamt 57.632 Haushalten 127.198 Gasgeräte für die Erdgasverwendung umgestellt. Je Haushalt waren durchschnittlich 2,21 Geräte umzustellen. Es handelte sich hierbei um 57.693 Koch-, 49.563 Warmwasserbereitungs-, 19.570 Heiz- und 372 sonstige Geräte. In Gewerbebetrieben und Industrieunternehmungen wurden 2.306 Anlagen umgestellt.

Anlässlich der Erhebung der umzustellenden Haushaltsgasgeräte wurden 101.942 als umbauwürdig und 25.256 als nicht umbauwürdig erachtet. Da jedoch der Trend zum freiwilligen Tausch der Warmwassergeräte anhält, wurden durch die Geräteumtauschaktion insgesamt 30.238 neue Geräte verkauft und angeschlossen; neben 16.001 Kochgeräten waren dies 11.884 Warmwasserbereitungs- und 2.353 Heizgeräte. Als maximale Leistung wurden in einer Woche in 1.552 Haushalten 2.924 Geräte für den Erdgasgebrauch umgestellt.

In Gewerbe- und Industriebetrieben sowie in öffentlichen Anlagen und Hauswaschküchen wurde die Umstellung von den Gaswerken gemeinsam mit der Umstellfirma vorbereitet. Die Umstellungsarbeiten wurden von Gaswerksbediensteten geleitet und überprüft. Im Gegensatz zu den Haushalten können

für die gewerblichen und industriellen Gasfeuerstätten die organisatorischen Vorarbeiten nicht mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitungsanlage abgewickelt werden. Wegen der Kostenbeteiligung der Gaswerke müssen die Geräte genau überprüft werden, um den Kostenzuschuß errechnen zu können. Damit spätere Schadenersatzforderungen der Betriebe vermieden werden, ist bei größeren Anlagen eine Wirkungsgradüberprüfung und eine generelle Leistungsfeststellung notwendig. Um den anzuerkennenden Rechnungsbetrag festlegen zu können, muß überdies zwischen der durch die Umstellung bedingten Arbeit und allfälligen technischen Verbesserungen streng unterschieden werden. Von den 2.306 im Jahre 1972 umgestellten Anlagen entfielen 53 auf größere Betriebe mit insgesamt 10.213 Gasgeräten und Gasfeuerstätten. Die Umstelleistung nahm somit gegenüber dem Jahre 1971 bezüglich der Anlagen um 36,5 Prozent und bezüglich der Gasgeräte und Gasfeuerstätten um 49,6 Prozent zu.

Im Jahre 1972 wurden ferner 211 städtische Hauswaschküchen mit 401 Geräten umgestellt und überprüft.

Die Berechnung des Wiener Rohrnetzes wurde fortgesetzt. Das Gebiet wurde in die Sektoren A und C eingeteilt. Der Sektor A umfaßt den 13. Wiener Gemeindebezirk sowie Teile des 12. und 23. Bezirks. Der Sektor C erstreckt sich auf einen großen Teil des 11. Bezirks. An der Grundeinstellung des Meßbereiches A wurde zu Jahresende noch gearbeitet, weshalb Angaben in Zahlen hierüber erst im Jahre 1973 gebracht werden können.

Im Sektor C befinden sich 46 km Niederdruckgasleitungen, an die ca. 9.000 Gasabnehmer angeschlossen sind. Die Versorgung erfolgt mit Hilfe von 3 Gebietsregleranlagen. Um eine Berechnungsbasis für dieses Teilrohrnetz zu gewinnen, wurde im Februar 1972 an 41 Meßpunkten eine Druckvergleichsmessung vorgenommen. Die Grundeinstellung ergab, daß bei der Erdgasumstellung dieses Gebietes mit kleinen Engpässen zu rechnen sein wird.

Im Hauptrohrnetz wurden für Stadtgas 8.138 m neue Hauptrohrleitungen verlegt; davon waren 250 m Hochdruck- und 7.888 m Niederdruckrohrleitungen. Zu größeren Hauptrohrverlegungen kam es im 10. Bezirk, in der Kästenbaumgasse, und im Gelände der WIG 74, im 11. Bezirk, in der Mühlängersiedlung, im 14. Bezirk, in der Hofjägerstraße (Stadt des Kindes), und im 22. Bezirk, in der Quadenstraße, wie überhaupt in den Randgebieten von Wien und in den von den Wiener Gaswerken versorgten Gemeinden Niederösterreichs das Hauptrohrnetz weiter ausgebaut wurde. Bei den niederösterreichischen Gemeinden handelte es sich um Breitenfurt (Waldgasse), Klosterneuburg (Käferkreuzgasse und Siedlung Eichberg), Perchtoldsdorf (Tirolerhofsiedlung „Mitte“), Brunn am Gebirge (Wohnhausanlage Alex Groß-Gasse) und Wiener Neudorf (Augasse).

In den von der Stadtverwaltung bereitgestellten Industrieansiedlungsgebieten 3, Erdberger Mais, sowie 21, Gasse 34, bei Holzmanngasse, und Fußweg 7, bei Julius Ficker-Straße, wurden ebenfalls Mitteldruck- wie auch Niederdruckhauptrohrleitungen verlegt, um den sich dort ansiedelnden Industrien Gas zur Verfügung stellen zu können.

Aus Versorgungs- und Sicherheitsgründen wurden 4.536 m Hochdruck- und 16.585 m Niederdruckrohrleitungen ausgewechselt. Ein Teil der Auswechslungen und Umlegungen von Hauptrohrleitungen, nämlich von 285 m Hochdruck- und 5.764 m Niederdruckrohrleitungen, erfolgte im Zusammenhang mit dem U-Bahn- und Autobahnbau sowie mit dem Bau des neuen Hauptsammelkanals. Beim Ausbau der Donaukanalautobahn wurde der Gassteg (Rohrbrücke) beim Gaswerk Simmering von den Brückenbauern um 2,9 m gehoben und auf beiden Seiten des Donaukanals um 20 m verlängert. Diese Verlängerungen waren mit umfangreichen Arbeiten an den Rohrleitungen verbunden.

Weiters wurden 2.004 m Hochdruck- und 4.446 m Niederdruckrohrleitungen außer Betrieb gesetzt.

Anlässlich der Umstellung der Versorgung von Stadtgas auf Erdgas wurden insgesamt 75.731 m Hochdruck- und 491.454 m Niederdruckrohrstränge umgeschaltet. Das Stadtgasrohrnetz hatte am Ende des Jahres 1972 eine Länge von 1.724.255 m; davon entfielen 161.230 m auf das Mittel- und Hochdruckrohrnetz und 1.563.025 m auf das Niederdruckrohrnetz. Für das gesamte Stadtgashauptrohrnetz wurde per Jahresende 1972 ein Rauminhalt von 115.988 m<sup>3</sup> errechnet; davon entfielen 35.088 m<sup>3</sup> auf das Mittel- und Hochdruckrohrnetz und 80.900 m<sup>3</sup> auf das Niederdruckrohrnetz.

Im Jahre 1972 wurden insgesamt 4.651 m für Erdgas geeignete, neue Hauptrohrleitungen verlegt, und zwar 280 m Mittel- und Hochdruckrohrleitungen sowie 4.371 m Niederdruckrohrleitungen. Aus Versorgungs- und Sicherheitsgründen mußten im Laufe des Jahres 4.816 m Erdgashauptrohrleitungen gewechselt werden; davon waren 1.005 m Erdgashochdruckrohrleitungen und 3.811 m Erdgasniederdruckrohrleitungen. 100 m Erdgashochdruck- und 169 m Erdgasniederdruckrohrleitungen wurden außer Betrieb gesetzt. Einschließlich der umgeschalteten Rohrleitungen erreichte das Erdgashauptrohrnetz, einschließlich von 30.000 m Erdgas-Hochdrucktransportleitungen, bis Jahresende eine Länge von 1.045.596 m. 211.941 m davon entfielen auf das Mittel- und Hochdruckrohrnetz und 833.655 m auf das Niederdruckrohrnetz. Der Rauminhalt des gesamten Erdgashauptrohrnetzes betrug zu diesem

Zeitpunkt 40.888 m<sup>3</sup>; allein auf das Hochdruckrohrnetz entfielen davon 17.719 m<sup>3</sup> und auf das Niederdruckrohrnetz 23.169 m<sup>3</sup>.

Die Bauaufsicht kontrollierte beim Stadtgashauptrohrnetz 16.441 und beim Erdgashauptrohrnetz 8.221 fremde Aufgrabungen, durch die bei ersterem 2.541 Stellen und 4.465 Hausanschlüsse sowie bei letzterem 1.150 Stellen und 2.233 Hausanschlüsse freigelegt wurden. An den Stadtgasleitungen wurden am Hauptrohrnetz 961 und an privaten Zuleitungen 257 Schäden festgestellt; an den Erdgasleitungen betrafen die entsprechenden Feststellungen 479 und 133 Schäden. Es handelte sich hierbei um Rohrbrüche, um Schäden an Absperrorganen, undichte Muffen und sonstige Rohrschäden.

Insgesamt standen im Jahre 1972 für die Stadtgas- und die Erdgasversorgung 180 Druckregelanlagen in Betrieb.

An den Behältern und Gasförderanlagen Baumgarten, Brigittenau und Wienerberg waren laufend Erhaltungs-, Instandsetzungs- und Ausbauarbeiten vorzunehmen.

Von den 93.129 Zuleitungen, die am Ende des Jahres 1972 in Benützung standen, wurden im Jahresverlauf 1.151 neu hergestellt und 787 instandgesetzt; 649 Zuleitungen waren nicht mehr benötigt und daher vom Gashauptrohr abgetrennt worden.

Am 31. Dezember 1972 standen 665.536 Stadtgaszähler in Betrieb. Im Laufe des Jahres hatten sich 6.184 Neuaufstellungen, 6.969 Wegnahmen und 61.654 Abgänge durch die Versorgungsumstellung auf Erdgas ergeben. Außerdem mußten in 7.740 Fällen größere und in 173 Fällen kleinere Zähler als die bisher verwendeten aufgestellt werden. In 10.212 Fällen wurden Zähler aus verschiedenen Gründen ausgewechselt.

Die Zahl der Erdgaszähler wuchs bis Ende des Jahres 1972 auf 119.371 an. Hier betrug die Neuaufstellungen 2.926, die Wegnahmen 580 und die Zugänge durch die Versorgungsumstellung 61.654. 36 Zähler mußten im Laufe des Jahres durch größere ersetzt, 533 ausgewechselt werden.

In Waschküchen, Gemeinschaftsbädern und Heizungsanlagen standen 5.962 Münzgaszähler und 224 Hochleistungsgaszähler zu Jahresende 1972 in Benützung.

In den eigenen Werkstätten wurden 26.240 Gaszähler untersucht; davon wurden wegen innerer Fehler oder gewaltsamer Beschädigung 1.074 durch eine Generalreparatur und 316 durch eine Teilreparatur instandgesetzt, weitere 2.493 wurden mit dem Kubiziergerät vorgeprüft und amtlich geeicht. An 8.466 Gaszählern wurden kleinere Reparaturen vorgenommen. Von Gaszähler-Erzeugungsfirmen wurden auf Kosten der Gaswerke 309 Zähler repariert, 1.231 mußten kostenlos instandgesetzt werden, weil die Garantiefrist der Firmen noch nicht abgelaufen war.

An 29.266 Leitungsanlagen wurde die vorgeschriebene Dichtheitsprüfung durchgeführt; dabei wurden an 801 Anlagen Mängel festgestellt.

Der Hausdienst mußte im Jahre 1972 vorübergehend zum Teil zur Durchführung von Erhebungen, zum Teil bei der Erdgasumstellung eingesetzt werden.

Am Ende des Jahres 1972 verwendeten 12.934 gewerbliche und 6.394 Industriebetriebe Stadtgas oder Erdgas. Die Gasgeräte und Gasfeuerstätten von 34.547 Anlagen wurden überprüft und nach Möglichkeit instandgesetzt. Wo größere Arbeiten zur Behebung von Mängeln erforderlich waren, wurden die Inhaber aufgefordert, die Instandsetzung durch Fachfirmen durchführen zu lassen. Danach wurden die Geräte neuerlich überprüft.

Im Jahre 1972 wurden 21.741 Anträge auf Bewilligung des Anschlusses von Gasheizgeräten erledigt; 21.598 Anträge bezüglich einer Nennbelastung von 382.878 Mcal/h wurden genehmigt, 143 Anträge bezüglich einer Nennbelastung von 8.002 Mcal/h mußten abgelehnt werden. Bei den genehmigten Heizgeräten handelte es sich um 6.632 Strahler und Radiatoren, 7.082 Außenwandheizöfen, 1.543 Speicheröfen und 10.254 Gasheizkessel.

Ferner liefen 106.853 Störungsmeldungen ein. In 26.114 Fällen handelte es sich um tatsächliche Störungen oder Gebrechen, in 6.913 Fällen mußten die Zuleitungen mit CO<sub>2</sub>- und Vakuumgeräten gereinigt, in 73.826 Fällen waren Ein- und Abschaltungen, Anlagenuntersuchungen oder routinemäßige Überprüfungen vorzunehmen. Bei den mit Erfolg durchgeführten Vakuumreinigungen wurden aus 6.784 Zuleitungen 11.622 kg Rost entfernt.

Dem Sicherheitsdienst wurden insgesamt 109 Gas- und Abgasvergiftungen gemeldet, bei welchen 115 Personen verunglückten; 44 Personen starben, 71 erkrankten.

Die Informationsstelle des Werbe- und Beratungsdienstes in 6, Mariahilfer Straße, wurde von 48.570 Personen aufgesucht. 47.729 bestellten Erdgasgeräte, 643 kamen zu Heizungsberatungen und 198 wünschten die Berechnung des Wärmebedarfs ihrer Wohnung. Den Erdgas-Informationsbus besuchten 30.500 Personen, die 24.000 Erdgas-Geräte bestellten. Der Ausstellungsstand der Gaswerke auf der Wiener Frühjahrs- und Herbstmesse wurde von rund 220.000 Messebesuchern besich-

tigt. Schließlich nahmen an der im September 1972 im Österreichischen Bauzentrum veranstalteten Heizberatungswoche drei Ingenieure und eine Beraterin der Gaswerke teil.

Die zahlreichen neu aufgelegten Werbemittel dienten hauptsächlich der Erdgaswerbung.

Anfang September 1972 wurde die Informationsstelle in 6, Mariahilfer Straße, umgebaut. Die alte Ausstellung „Der moderne Gashernd“ im Erdgeschoß wurde in eine Heizungsausstellung umgewandelt. Gleichzeitig wurde die Passage neu gestaltet und auch der Vortragssaal im 1. Stock in einen Ausstellungsraum verwandelt, doch können in diesem weiterhin Vorträge abgehalten werden. Seit Anfang November 1972 ist die Informationsstelle wieder zugänglich.

In den Monaten Oktober und November wurde ein Plakat „Behagliche Wärme — Erdgaswärme“ affiziert. Weiters wurden in den Stadt- und Straßenbahnwagen die Werbeplakate „Ein Allgashernd ist Goldes wert“, „Meine Nummer ist 57 96 01“ und „Oma ist im Bilde“ angebracht.

Für die Erdgasumstellung warben 10.600 Stück der Broschüre „Mit Erdgas heizen heißt, sich auf den Winter freuen“, 9.700 Schlüsselanhänger sowie 5.500 Klebethermometer mit dem Aufdruck „Behagliche Wärme — Erdgaswärme“, 2.500 orangefarbene Faltkalender, 10.000 Stück Informationsschriften über die Erdgasumstellung, 200 Broschüren „Industrie und Erdgas“ sowie 10.000 Kalorientabellen mit dem Titel „Erdgas — ein Partner fürs Leben“.

Von der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach wurden 10.000 Stück Kundenbefragungskarten in Form von IBM-Lochkarten an Gasabnehmer übersandt, um die Meinung der Öffentlichkeit über den Begriff, die Eigenschaften sowie die Verwendung des Energieträgers Gas zu erforschen. Als Anreiz für den Gasabnehmer, sich zu beteiligen, war die Aktion mit einem Preis-ausschreiben verbunden. Der erste Preis war ein Wochenendausflug für zwei Personen nach Paris, der zweite bis vierte Preis je ein Gasgerät; außerdem wurden 46 Trostpreise in Form von Gasanzündern und Gasfeuerzeugen verlost.

Vertreter der Wiener Stadtwerke — Gaswerke nahmen an den Sitzungen der Gemeinschaftswerbung der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach sowie an den Pressesitzungen der Landesinnung Wien der Installateure teil.

Die Gasgemeinschaft Wien finanzierte im Jahre 1972 den Ankauf von 3.480 Gasgeräten sowie von 956 Installationen im Werte von 25,271.263 S. Die Badezimmeraktion ermöglichte die Einrichtung von 1.293 Badezimmern mit 24,628.496 S. Insgesamt wurden somit für 5.729 Anschaffungen 49,899.759 S aufgewendet.

Die behördlich autorisierte Versuchsanstalt für Gas- und Feuerungstechnik der Wiener Stadtwerke — Gaswerke führte an Allgas- und Multigasgeräten 65 Haupt-, 20 Nach-, 7 Entwicklungs- und 2 Funktionsprüfungen durch. Weiters überprüfte sie 89 Gasheizanlagen mit Gebläsebrennern und nahm auch Versuche innerhalb sowie außerhalb der Anstalt vor. Wie im Vorjahr wurden die Reklamationen nach der Erdgasumstellung überprüft und erledigt. Überdies wurden 20 Umbausätze für Wasserheizer hergestellt. Auch 84 Back-, Brat- und Grillversuche wurden ausgeführt.

Die Versuchsanstalt wurde im Jahre 1972 noch mit einer Grenzmischanlage, automatischen Gas-Hauptventilen, Feuerlöschern, Hinweis- und Verbotsschildern sowie verschiedenen Absperrungen ausgestattet. 1 tragbares Gasspürgerät, 1 Stahlbandumreifungsmaschine sowie 14 Verschlusskupplungen für Gasanschlüsse waren weitere Ergänzungen, die angeschafft wurden.

### Verkehrsbetriebe

Die Fahrgastfrequenz von Straßenbahn und Stadtbahn ging im Jahre 1972 neuerlich um 1,1 Prozent zurück, die Wagen-Nutz-Kilometerleistung sank um 2,6 Prozent. Insgesamt wurden 353,4 Millionen Beförderungsfälle verzeichnet und 74,8 Millionen Wagen-Nutz-Kilometer geleistet.

Als wirksame Maßnahme zur Einsparung von Personal wurde auf Grund der bisherigen guten Erfahrungen der Betrieb mit schaffnerlosen Beiwagen mit Fahrscheinentwertern weiter ausgebaut. Außer den schon bisher mit schaffnerlosen Beiwagen geführten Linien wurden die Beiwagen der Linien J, T, 46 und 231 mit Fahrscheinentwertern ausgestattet. Einen noch geringeren Personaleinsatz gestattet der schaffnerlose Zug, der seit 11. Mai 1972 auf der Linie 26 eingesetzt ist und bis Jahresende auch auf den Linien O, 5, 25, 29 und 42 eingeführt wurde.

Die Straßenbahnlinie 33 wurde am 15. Juli eingestellt und dafür die Linie 132 ab Augartenbrücke über Untere Augartenstraße — Obere Augartenstraße — Gaußplatz — Klosterneuburger Straße — Wexstraße zur Stromstraße geführt. Im Zusammenhang mit den Vorbereitungsarbeiten für den U-Bahn-Bau mußte die Straßenbahnlinie 78 eingestellt werden; dafür wird nun die Linie H2 ganztägig

bis zur Prater Hauptallee geführt. Die Linie O wurde über den Praterstern umgeleitet. Ab 20. Dezember wurde die Linie 167 bis zur neuen Schleife bei der Per Albin Hansson-Siedlung Ost verlängert.

Die Zahl der im Fahrdienst verwendeten Bediensteten sank im Laufe des Jahres 1972 von 4.068 auf 3.775 ab. Diese Personalverminderung von 7,2 Prozent konnte durch Rationalisierungsmaßnahmen ausgeglichen werden.

Ein vermehrter Wageneinsatz sowie besondere Verkehrsmaßnahmen mußten zur Wiener Frühjahrs- und Herbstmesse, anlässlich der Wiener Festwochen, zum Muttertag, zu den Totenfeiertagen, in der Vorweihnachtszeit und zu Silvester verfügt werden. Auch Veranstaltungen im Wiener Stadion sowie auf den übrigen Sportplätzen, in der Stadthalle, auf dem Renn- und Trabrennplatz, der Oster- und Pfingstverkehr, das Sportfest der Hortkinder der Gemeinde Wien am 7. Juni, das Praterfest am 24. und 25. Juni, der Internationale Kongreß der Zeugen Jehovas in der Zeit vom 9. bis 13. August, der Praterummel am 26. August, der Tag der offenen Tür mit Publikumsfahrten auf der Linie 11 am 30. September, die Ärztedemonstration am 18. Oktober sowie der Bade- und Ausflugsverkehr erforderten ebenfalls derartige Maßnahmen.

Schülerverstärkungsfahrten wurden auf den Straßenbahnlinien J, 10, 11, 38, 49, 60 und 167 sowie auf den Stadtbahnlinien DG und GD geführt.

Die größte Fahrleistung der Straßenbahn wurde, abgesehen von der am 1. November erbrachten Leistung, am Montag, dem 30. Oktober, mit 187.650,5 Wagen-Nutz-Kilometern erzielt; die Stadtbahn erreichte sie am Mittwoch, dem 20. Dezember, mit 59.663,0 Wagen-Nutz-Kilometern.

Die periodischen Frequenzzählungen (Schaffnerzählungen) wurden im Jahre 1972 fortgeführt; außerdem wurde eine Zählung im Silvesternachtverkehr vorgenommen. Die Fahrgastzählungen im März, Juli und Oktober auf der Schnellbahn dienten zu Verrechnungszwecken.

Als Erfolg der Verkehrsmaßnahmen, die auf einigen Linien im Zuge des 1. Beschleunigungsprogramms verfügt wurden, wurde eine Abnahme der Verspätungen bemerkt.

Die Betriebsüberwachung führte im Jahre 1972 mit 136 Revisoren 313.577 Wagenkontrollen durch, wobei 4.639.904 Fahrgäste überprüft und 26.147 meldepflichtige Vorgänge festgehalten wurden. Außerdem waren 58 Kontrolloren nur für die Fahrscheinüberprüfung in den schaffnerlosen Beiwagen und auf der Stadtbahn eingesetzt. Von diesen wurden bei insgesamt 306.395 Wagenkontrollen 5.112.467 Fahrgäste überprüft und 35.377 meldepflichtige Vorgänge festgehalten. Außerdem waren Beamte der Betriebsüberwachung im Früh- und Abendspitzenverkehr sowie bei besonderem Bedarf einer Verkehrslenkung eingesetzt. 2 Ablenkungen des Ringstraßenverkehrs, eine einmal notwendig gewordene Einstellung des innerstädtischen Autobusverkehrs, kirchliche und profane Umzüge in den Straßen, 10 Veranstaltungen im Stadion sowie 107 weitere in der Wiener Stadthalle waren Gelegenheiten ihres Einsatzes. Der Funkwagendienst der Betriebsüberwachung bewährte sich bei Verkehrsunfällen und sonstigen Betriebsereignissen, aber auch bei der Behebung von Störungen.

Weiters wurden für die Straßenbahn, die Stadtbahn, das Kabelbüro der Post- und Telegraphenverwaltung sowie für private Firmen 3.712 Lastentransporte durchgeführt.

Im Jahre 1972 wurden 280 Personen, darunter 9 Frauen, für den Fahrdienst aufgenommen, während 568 Bedienstete durch Kündigung, Pensionierung oder Tod aus dem Betriebsdienst ausschieden. 473 Bedienstete erhielten eine Grundausbildung, und zwar 198 für den Fahrdienst, 206 für den Schaffnerdienst und 69 für den Autobuslenkerdienst. Von den zusätzlichen Schulungen wurden 2.048 für Fahrer, 2.187 für Schaffner und 357 für Autobuslenker abgehalten. Am Ende des Jahres 1972 standen 40 Straßenbahn- und 4 Stadtbahnlinien in Betrieb.

Im Autobusbetrieb, einschließlich der in diesen einbezogenen Straßenbahnlinien, nahm die Fahrgastfrequenz um 6,4 Prozent und die Wagen-Nutz-Kilometerleistung um 5,4 Prozent zu. Die Zahl der Beförderungsfälle belief sich auf 67,4 Millionen, die der geleisteten Wagen-Nutz-Kilometer auf 14 Millionen.

In Interesse der Personaleinsparung wurden auf den Autobuslinien 13 und 66 A mit automatischen Türen und Fahrscheinentwertern ausgestattete Wagen eingesetzt, so daß zu Zeiten, in denen der Verkehr dies zuläßt, die Autobusse im Einmannbetrieb geführt werden können.

Einige Autobuslinien, die in Gebiete führen, in denen neue, große Wohnhausanlagen errichtet wurden, mußten verlängert oder verstärkt werden. Vor allem für den Schülerverkehr wurden in den Stadtrandgebieten an Schultagen zusätzliche Autobusse eingesetzt und neue Haltestellen festgelegt. Einschneidende Veränderungen ergaben sich im innerstädtischen Autobusverkehr infolge der Einbahnerklärung der Ringstraße. Die Autobuslinien wurden von 4 auf 3 eingeschränkt und die Fahrstrecken mußten geändert werden. Die Eröffnung des Großmarktes in Inzersdorf, Straßenbauten und nicht zuletzt der U-Bahn-Bau führten zu weiteren Linienänderungen und zur Verlegung von

Haltestellen. Im Jahre 1972 wurden insgesamt 27 Haltestellen aufgelassen, 10 neu errichtet und 10 ständig verlegt. Daneben erfolgte eine größere Zahl vorübergehender Verlegungen.

Anlässlich der Frühjahrs- und der Herbstmesse wurde wie alljährlich eine Sonderlinie vom Messepalast zum Messegelände geführt. Weiters wurde aus verschiedenen Gründen ein Autobusersatzverkehr für die Straßenbahnlinien 6, 10, 11, 21, 26, 38, 62, 65, 66 und 167 sowie für die Stadtbahnlinien DG-GD und WD eingerichtet. Es wurde auch eine große Anzahl von Sonderfahrten auf Bestellung durchgeführt.

Für den Fahrdienst wurden insgesamt 426 Bedienstete, und zwar 56 in einer Autobusfahrerlehrer-Fahrschule, 13 als Lastwagenlenker, 10 als Vershublenker sowie 347 in verschiedenen Lenkerschulen für die Bedienung von Sonderfahrzeugen, wie Funkwagen, Weichenputzwagen und Elektrokarren, geschult. Zur Förderung des Lenkernachwuchses wurden in einer betriebseigenen Fahrschule Ausbildungslehrgänge für den Erwerb des Führerscheines der Gruppe „C“ abgehalten.

Am Ende des Jahres 1972 standen 40 Linien in Betrieb. Von diesen verkehrten 32 Linien an allen Tagen und 7 an allen Werktagen; eine Linie verkehrte nur an Sonn- und Feiertagen. Im Einmannbetrieb wurden 31 Linien ständig und 3 zu bestimmten Zeiten geführt. Nur 5 Linien waren ständig mit Schaffnern besetzt.

Auf der Linie 66 A verkehrte an Werktagen, von Montag bis Freitag, zu den Spitzenzeiten eine Einlagelinie von der Rudolphshügelstraße zum Wienerfeld und zum Großmarkt Inzersdorf, auf der mit Schaffnern besetzte Doppeldeckerautobusse eingesetzt waren.

18 im Wiener Stadtgebiet geführte private Autobuslinien wurden in Tarifgemeinschaft mit den Wiener Stadtwerken — Verkehrsbetrieben betrieben.

Der Wagenpark für den Linien- und Mietwagenverkehr bestand am Ende des Jahres 1972 aus 395 Autobussen.

Alle für die Aufnahme des U-Bahn-Probebetriebes zwischen Heiligenstadt und Friedensbrücke notwendigen Arbeiten konnten im Jahre 1972 abgeschlossen werden. Es waren dies die Montage der Stromschienenanlage und der Signalanlage sowie die Ausrüstung der Wartungshalle für den U-Bahn-Wagen und des Stellwerkes Friedensbrücke mit den erforderlichen signaltechnischen Anlagen, Maschinen und Installationen. Anfang Dezember wurde die Stadtbahn im Bereich der Probestrecke von Links- auf Rechtsbetrieb umgestellt. Die Gleisanlagen sind hier völlig fertiggestellt, und auch ein Überstellgleis zum Gleiskörper der Österreichischen Bundesbahnen wurde errichtet.

Bei den im Bau befindlichen Abschnitten wurden die elektrischen Installationen fortgesetzt und durch Messungen kontrolliert. Für die Stationen Karlsplatz und Taubstummengasse wurden die Elektroinstallationsarbeiten zur Anbotstellung ausgeschrieben.

Ein großer Teil der Arbeiten bestand darin, die von den Zivilingenieuren und Architekten erstellten Projekte und Studien auf ihre betriebsgerechte Funktion zu überprüfen sowie nötigenfalls zu überarbeiten. Weiters waren die Kostenaufstellungen und Terminpläne, letztere mit Hilfe der Netzplantechnik, zu erarbeiten. Die Arbeiten am U-Bahn-Funktionsplan wie auch am Ausbaurkonzept und Leitsystem konnten abgeschlossen werden. Die Projektierung der Stromversorgung, des Signalsystems, der Erdung, der Fahrtreppenanlagen, der Lüftungsbauwerke und der Sonderfahrzeuge hingegen wird in Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen städtischen Dienststellen durchgeführt.

Um eine lückenlose Funkverbindung im gesamten Grundnetz zu erzielen, werden gemeinsam mit einer Firma entsprechende Untersuchungen angestellt. Das Rechenzentrum der Wiener Stadtwerke errechnet hierfür die Fahrerschaulinien sowie die daraus resultierenden Ströme und Spannungsabfälle auf den Strom- und Fahrschienen. In weiterer Folge sollen diese Werte über Potentialanhebungen Aufschluß geben und zum fahrplanmäßigen, stromsparenden Fahren sowie zum rechnergesteuerten Betriebsablauf herangezogen werden.

Auf der Strecke Roßauer Lände—Friedensbrücke wurde Anfang September mit Arbeiten am Oberbau begonnen. Im 5. Bauabschnitt der Linie U 4, vom Schwedenplatz bis Roßauer Lände, wurden Vorarbeiten wie Einbautenumlegungen ausgeführt und zum größten Teil auch abgeschlossen. Die hier auszuführenden Tiefbauarbeiten wurden nach vorheriger Ausschreibung bereits vergeben. Die durchgeführten Planungsarbeiten betrafen die zukünftige Umstellung der Wiental-Donaukanal-Linie der Stadtbahn auf den U-Bahn-Betrieb, und zwar den Raum Friedensbrücke — Heiligenstadt, den Ringturm und das Projekt Hütteldorf; ferner den Umbau der Stationen; die Anlagen des Betriebsbahnhofes Wasserleitungswiese und die Umstellung der tiefgeführten Straßenbahnlinie 2 auf U-Bahn-Betrieb. Für die Fortführung der Linie U 2 im Raum Schwarzenbergplatz wurde eine Planstudie ausgearbeitet. Weiters wurden die Gleistrassen für den 4., 5. und 6. Bauabschnitt der U-Bahn berechnet und Zeitpläne für die Ausführung des Oberbaues sowie des ersten U-Bahn-Tunnels, einschließlich des Gleisbaues zwischen Taubstummengasse und Karlsplatz, ausgearbeitet.

Aus dem Wagenpark der Straßenbahn und Stadtbahn wurden im Laufe des Jahres 1972 wegen Überalterung, Fahruntauglichkeit und Übernahme in den Stand der Hilfsfahrzeuge 91 Triebwagen sowie 51 Beiwagen ausgeschieden. 39 Einmann-Gelenktriebwagen und 2 Doppeltriebwagen für die U-Bahn wurden neu beschafft. Demnach standen zu Jahresende 850 Straßenbahntriebwagen, 827 Straßenbahnbeiwagen, 128 Stadtbahntriebwagen, 200 Stadtbahnbeiwagen und 4 U-Bahn-Wagen zur Verfügung. Von den Straßenbahnpersonenfahrzeugen waren 312 sechssachsige Gelenktriebwagen; 1.334 Straßenbahnpersonenfahrzeuge hatten Stahlaufbauten. Der Umbau von Trieb- und Beiwagen für den schaffnerlosen Beiwagenbetrieb wurde fortgesetzt und erreichte zu Ende des Jahres 1972 einen Stand von 476 Trieb- und 394 Beiwagen zum schaffnerlosen Beiwagenbetrieb sowie von 87 Gelenkzügen für den Triebwagen-Einmannbetrieb. 510 Triebwagen waren mit einer fahrschalterunabhängigen Weichensteuerung ausgerüstet.

Im Rahmen des Erneuerungsprogramms wurden 27 sechssachsige Gelenktriebwagen bestellt, mit deren Lieferung im Jahre 1973 zu rechnen ist. Sie werden für den Triebwagen-Einmannbetrieb ausgestattet sein.

Der Gesamtstand an Autobussen betrug zum Jahresende 402, nachdem im Laufe des Jahres 1972 wegen Überalterung oder Fahruntauglichkeit 5 Autobusse ausgeschieden und 20 neu angeschafft worden waren. Die neu angeschafften Autobusse sind für den Einmann-Betrieb eingerichtet und mit Türautomatik sowie mit Fahrscheinentwertern ausgestattet. Die vollkommen luftgefederten Wagen bieten dem Fahrgast infolge ihrer guten Fahreigenschaften größtmöglichen Komfort. Da die Fahrzeuge mit einer geräuschlosen dritten Bremsrichtung (Bremsverzögerer) ausgestattet sind, wird die druckluftbetätigte, mechanische Bremse geschont, wodurch eine längere Lebensdauer und eine Verminderung der Bremsgeräusche erreicht wird.

Weiters wurden im Jahre 1972 insgesamt 31 Autobusse auf Flüssiggas-Mischbetrieb umgestellt oder als auf diesen Betrieb eingestellte Neuwagen gekauft. Zu Jahresende betrug daher der Gesamtstand der für den Mischbetrieb eingerichteten Autobusse 267.

Für die Verwendung auf U-Bahn-Linien standen, außer 4 U-Bahn-Wagen, 5 Schottertransportwagen, 2 Schienentransporteinheiten, 1 Niederflereinheit zum Transport von U-Bahn-Wagen, die aus 2 Niederflurwagen und 2 Schutzwagen besteht, sowie 2 Plateauwagen zur Verfügung. Als Hilfszugfahrzeuge für diese Arbeitswagen wurden zwei Straßenbahnwagen entsprechend adaptiert. Weiters wurden 1 weiterer U-Bahn-Prototyp-Doppeltriebwagen und 2 diesel-elektrische Zweikraftlokomotiven bestellt.

Im Fahrdienst waren 3.085 Bedienstete mit voller und 748 Schaffnerinnen mit Kurzarbeitszeit beschäftigt.

Die Hauptwerkstätte durchliefen 1.841 Wagen und 480 Drehgestelle, wobei an diesen rund 49.800 Einzelleistungen durchgeführt wurden. Ferner wurden in 2 Wagen Leuchtstoffröhren eingebaut und 37 Wagen mit Max-Platten ausgestattet.

Von Privatfirmen wurden 36 Beiwagen und 5 Triebwagen für den schaffnerlosen Beiwagenbetrieb ausgerüstet. Diese Triebwagen erhielten überdies eine neue, elektrische Weichenstelleneinrichtung; ebenso wurde ein für den Einmannbetrieb ausgerüsteter Triebwagen ausgestattet.

Von den Hochbauarbeiten wäre zunächst der Innenausbau der großen Werkshalle der Zentralwerkstätte zu nennen, der jedoch nicht abgeschlossen werden konnte. Hingegen wurden das an die Werkshalle angebaute Verwaltungsgebäude für die Straßenbahn-Hauptwerkstätte sowie die Wasch- und Garderobenräume fertiggestellt. Im Sozialgebäude und im Kommerzlager wurden die Innenausbauarbeiten nahezu beendet.

Im Bahnhof Favoriten wurde die Zentralheizungsanlage, im Bahnhof Speising die Dacheindeckung und im Bahnhof Brigittenau der Hallenfußboden fertiggestellt. Der Bahnhof Rudolfsheim erhielt neue Putzgrubenböcke. Weiters wurde im Bahnhof Vorgarten ebenso wie im Bahnhof Rudolfsheim das Bad in der Wagenrevision umgebaut.

Auf der Stadtbahn wurden das Verblendmauerwerk und die Natursteinflächen instandgesetzt.

In der Autobusgarage konnten die baulichen Adaptierungen für die Umstellung auf Flüssiggasbetrieb beendet werden, in der Garage Spetterbrücke wurde mit derartigen Arbeiten begonnen. In der Garage Raxstraße ist die Flüssiggastankstelle fertiggestellt.

Schließlich wurden 12 Wartehallen abgetragen und 10 neue errichtet. Im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau waren provisorische Gleisbauten für die Straßenbahnlinien E2, G2, H2, 62, 65, 66, 67 und 167 sowie für die Wiener Lokalbahn auszuführen.

Weiters wurden im Zusammenhang mit der Einrichtung der Ringstraße als Einbahn und dem Umbau des Aspernplatzes, aber auch zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse die Doppelgleise am Franz Josefs-Kai, zwischen Aspernplatz und Postgasse, gegen den Donaukanal zu verlegt, um für vier

Fahrspuren Raum zu schaffen. Da die Linie 78 eingestellt und die Linie O über den Praterstern umgeleitet wurde, wurden die Gleise entsprechend verlegt. Die Linie 167 wurde wegen des Baues des Kur- und Sportzentrums Ober-Laa und der Wiener Internationalen Gartenschau 1974 sowie zur Versorgung des dort entstandenen neuen Wohnviertels mit einem öffentlichen Verkehrsmittel verlängert. Auch im Gelände der Zentralwerkstätte Simmering wurden die Gleisarbeiten fortgesetzt.

Im Straßenbahn- und Stadtbahnbetrieb ereigneten sich 2.538 und im gesamten Kraftwagenbetrieb 1.077 Unfälle; 940 Unfälle entfielen auf den Autobuslinienverkehr.

An Haftpflichtentschädigungen und -renten für Körperverletzungen sowie an Sachschadensvergütungen wurden im Jahre 1972 insgesamt 5,036.356 S bezahlt. Aus Schadenersatzansprüchen wurden 4,906.124 S eingebracht.

### Städtische Bestattung

Im Jahre 1972 wurden 23.766 Bestattungen durchgeführt, 3.983 (16,6 Prozent) davon als Kremationen. Weiters wurden Aufträge zur Durchführung von 1.713 Exhumierungen und Wiederbeerdigungen sowie von 933 Überführungen in das In- und Ausland, darunter in die Bundesrepublik Deutschland, nach Italien, Jugoslawien, in die Schweiz, die Tschechoslowakei und nach Ungarn, übernommen. Weitere Aufträge betrafen verschiedene andere Leistungen, so daß die Städtische Bestattung insgesamt 29.972 Aufträge ausführte. 339 Aufträge führte das Unternehmen auf eigene Kosten durch, weil Hinterbliebene fehlten, die für die Kosten aufgekomen wären.

Der Anteil der Städtischen Bestattung an den in Wien zu besorgenden Bestattungen lag bei 97 Prozent, die übrigen 3 Prozent wurden von Pächtern in den an Wien angrenzenden Gemeinden oder von Erfüllungshilfen des Unternehmens ausgeführt. Die meisten Aufträge, nämlich 3.099, wurden im Jänner übernommen, die niedrigste Auftragszahl brachte der Monat April mit 2.223 Bestattungen.

Der Fuhrpark hatte eine Fahrleistung von rund 801.380 km zu verzeichnen, um 10.070 km weniger als im Vorjahr. Im Durchschnitt entfiel auf einen Auftrag eine Wegstrecke von 29 km. Die tägliche Leistung betrug ca. 3.200 km. Das Unternehmen verfügte zu Ende des Jahres 1972 über 20 Kastenwagen (Fourgons), 15 Glas- und Blumenwagen sowie 15 sonstige Fahrzeuge für Wirtschaftsfahrten und Mannschaftstransporte.

Im Sargerzeugungsbetrieb wurden 47.624 Säрге hergestellt, um 155 mehr als im Jahre 1971. Ein Teil der Produktion war für den Verkauf in die anderen Bundesländer bestimmt.

Die Anzahl der dem Unternehmen bei Lebzeiten erteilten Aufträge änderte sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich.

Auf dem Friedhof Döbling wurde am 25. Juli 1972 die umgebaute Aufbahrungshalle der Benützung übergeben. Der dem Zeitgeschmack entsprechend ausgestaltete Aufbahrungsraum, dessen maximales Fassungsvermögen 160 Personen beträgt, bietet die Möglichkeit, Trauerfeiern bei Erdbestattungen wie auch Kremationsfeiern abzuhalten. Bei Kremationsfeiern wird den Trauergästen das Ende der Trauerfeier durch das Schließen eines Vorhanges und das gleichzeitige langsame Verlöschen der Beleuchtung im Aufbahrungsraum angezeigt. Die Möglichkeit, Kremationsfeiern in dieser Aufbahrungshalle abzuhalten, soll den Bewohnern der Bezirke 9, 18 und 19 den Weg in die weit entfernten Feuerhallen Simmering und Stammersdorf ersparen. Außerdem soll sich mit der Abhaltung der Trauerfeier auf dem Friedhof, in dem die Bestattung der Urne stattfinden wird, eine zweite Trauerfeier anlässlich der Urnenbeisetzung erübrigen; diese soll nur im engsten Familienkreise oder im Beisein einer Vertrauensperson der Hinterbliebenen erfolgen.

Nach Abschluß des Umbaues der Aufbahrungshalle III auf dem Wiener Zentralfriedhof stehen seit 25. September 1972 zwei weitere, modern gestaltete Zeremonienräume zur Verfügung. Auch diesen beiden Zeremonienräumen sind je ein Warteraum für die Hinterbliebenen sowie Chorräume angeschlossen. Bei der Innenausgestaltung des Zeremonienraumes I wurde der Charakter dieses ursprünglich als Kapelle der Halle III dienenden Raumes gewahrt. In den beiden neuen Zeremonienräumen können an einer Trauerfeier bis zu 300 Trauergäste teilnehmen.

Auf dem Friedhof Ottakring wurde am 4. Oktober 1972 die umgebaute Aufbahrungshalle I der Benützung übergeben. Damit steht die seinerzeitige Kapelle dieser Halle als Aufbahrungsraum zur Verfügung. Auch bei der Gestaltung dieses Raumes wurde der bisherige Charakter der Kapelle erhalten. Das maximale Fassungsvermögen der Aufbahrungshalle I beträgt 350 Personen.

Wegen des Umbaues der Aufbahrungshallen auf den Friedhöfen Atzgersdorf und Mauer konnten seit Mitte Oktober 1972 Aufbahrungen auf diesen Friedhöfen nur in provisorisch hierfür adaptierten Räumen vorgenommen werden. Die beiden Aufbahrungshallen sollen bis Mitte des Jahres 1973 fertiggestellt sein.

Weiters wurden im Jahre 1972 die Beisetzkammern des Pfarrfriedhofes Nußdorf und des Friedhofes Sievering mit Kühlanlagen ausgestattet. Seither werden bei Begräbnissen auf diesen Friedhöfen keine Plastikhüllen für die Toten mehr verwendet.

Um bei Sargtransporten in die westlichen Bundesländer den günstigeren Verkehrsweg von Salzburg nach Kufstein, über die deutsche Autobahn, wählen zu können, wurde für ein Kraftfahrzeug und einen Anhänger des Unternehmens ein Zollverschlußanerkennnis erwirkt.

Die Schulung der Bediensteten wurde fortgesetzt. Unter anderem wurden die mit dem Dienst an den Toten betrauten Bediensteten in Vorträgen mit der Hygiene des Leichenwesens sowie mit den geltenden sanitären Bestimmungen vertraut gemacht. Die wiederholte Vorführung des Lehrfilms „Der Weg in die Stille“ vertiefte die fachliche Ausbildung des Bestattungspersonals.

Die am 3. Jänner 1972 wirksam gewordene Arbeitszeitverkürzung macht eine Vermehrung des mit Dienstleistungen betrauten Personals notwendig. Um eine reibungslose Durchführung des Totenabholdienstes zu gewährleisten, mußte die Zahl der Betriebsgehilfen, die anlässlich der ersten Arbeitszeitverkürzung nicht erhöht wurde, um 5 Bedienstete vermehrt werden. Im Sargerzeugungsbetrieb konnte die Arbeitszeitverkürzung durch Rationalisierungsmaßnahmen ausgeglichen werden.

Um die personalsparende bargeldlose Bezugsauszahlung auch bei diesem Unternehmen einführen zu können, wurde mit der Personalvertretung des Schemas II vereinbart, zunächst für die Beamten des Aufnahmedienstes in den Filialen ab 1. April 1972 dieses System der Gehaltsauszahlung einzuführen.

Wegen der ab 1. Jänner 1973 geplanten Zusammenlegung der Standesämter Wien-Alsergrund und Wien-Innere Stadt und der Wahl des Sitzes des neuen Standesamtes Wien-Innere Stadt im Amtshaus 8, Schlesingerplatz 4, war es notwendig, die im 8. und im 9. Bezirk errichteten Filialen ebenfalls zu vereinigen. Für die notwendige Vergrößerung wurden die in diesem Amtshaus ehemals von dem Gesundheitsamt für den 8. Bezirk verwendeten Räume zur Verfügung gestellt; die Umbauarbeiten begannen Anfang Oktober und wurden so zeitgerecht beendet, daß die Filiale im 9. Bezirk am 29. Dezember geschlossen werden konnte.

Als Beitrag zur Stabilisierung der österreichischen Wirtschaft wurde versucht, alle Kosten durch Rationalisierungsmaßnahmen stabil zu halten.

Im Zusammenhang mit der positiv abschließenden Handels- und Steuerbilanz für das Jahr 1972 ist auch die Leistungsbilanz dieses gemeinwirtschaftlich tätigen Unternehmens erwähnenswert. Neben den 300, auf Kosten des Unternehmens durchgeführten Bestattungen von Personen, für die Hinterbliebene überhaupt nicht aufkommen konnten, wurde es auch minderbemittelten Familien durch sozial gestaffelte Tarife ermöglicht, ihren Verstorbenen ein pietätvolles Begräbnis zu geben. Auch die während des ganzen Jahres Tag und Nacht, auch an Samstagen sowie an Sonn- und Feiertagen bestehende Bereitschaft, den Hinterbliebenen mit Rat und Hilfe in ihrer schweren seelischen Belastung zur Verfügung zu stehen, ist heute keine alltägliche Leistung mehr.

Die Mitarbeit in den Interessenverbänden, in der Landes- und Bundesinnung der Bestatter sowie in der Europäischen Bestatter-Union wurde im Jahre 1972 fortgeführt. Die Mitgliedschaft bei der deutschen Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal, der Funeral Directors Association London und der Preferred Funeral Directors International, USA, führte überdies zu regen fachlichen Kontakten mit europäischen und außereuropäischen Institutionen.

Bestattungsfeiern größeren Umfanges wurden im Jahre 1972 durchgeführt für: Kommerzialrat Karl Haag, Gemeinderat der Stadt Wien; Franz Karl Franchy, Schriftsteller; Emmerich Pranz, Kontragarist des klassischen Wiener Schrammelquartetts; Generalmajor a. D. Heinrich Stümpfl als letztem Offizier des ehemaligen k. u. k. Infanterie-Regiments Nr. 30; Prof. Karl Lugmayer, Unterstaatssekretär a. D.; Prof. Helene Wildbrunn, Kammersängerin, Ehrenmitglied der Wiener Staatsoper; Prof. Hans Pemmer, heimatkundlicher Schriftsteller; Prälat Josef Wagner, Infulierter Dompropst und Apostolischer Protonotar; Univ.-Prof. Dr. med. Robert Oppolzer, emerit. Vorstand der Chirurgischen Abteilung der Allgemeinen Poliklinik der Stadt Wien; Prof. Else Wohlgemuth, Hofschauspielerin; Dr. Stefan Török, Bischof der Altkatholischen Kirche Österreichs; Oskar Wegrosteck, Schauspieler am Volkstheater; Prof. Dr. Richard Rossmayer, Chordirektor der Wiener Staatsoper i. R.; Dr. Theodor Ottawa, Schriftsteller; Prof. Joseph Binder, Maler und Graphiker; Fred Weis, Schauspieler; Prof. Fritz Konir, Abgeordneter zum Nationalrat a. D.; Lale Andersen, Sängerin; Prof. Mario Petrucci, akad. Bildhauer; Prof. Oscar Larsen, akad. Maler; Kammerschauspieler Prof. Eduard Volters, Generalsekretär des Burgtheaters; Prof. Karl Josef Gunsam, akad. Maler; Dr. Ludwig Draxler, Bundesminister a. D.; Prof. Hans Erich Apostel, Komponist, und Dr. Josef Schwarzl, Ehrenpräsident des Sportklubs „Rapid“.

## Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien

Für die Landwirtschaft, somit auch für den Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien, brachte das Jahr 1972 nach einem extrem günstigen Frühjahrssaatenstand, der bei Getreide alle Rekorde zu brechen versprach, letzten Endes herbe Enttäuschungen. Die Entwicklung der Vegetation wurde durch einen abnormen Witterungsablauf geprägt. Nach einem niederschlagsarmen Winter und einer Trockenperiode im Frühjahr waren ab Anfang April anhaltende Niederschläge zu verzeichnen, wodurch die Saat üppig emporwuchs. Nach wechselnder Witterung setzten knapp vor Beginn der Getreideernte erneut starke Niederschläge ein, die mit kurzen Unterbrechungen bis in den August anhielten.

Bedingt durch diesen Witterungsverlauf konnte ein wirksamer Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nur in begrenztem Umfang vorgenommen werden. Die subtropische Witterung begünstigte die Entwicklung von Pilzkrankheiten, wie Mehltau, Blattfleckenkrankheit, Braun- und Schwarzrost. Besonders bei Getreide, vor allem bei Weizen, wurden durch Lagerfrucht und Auftreten von Pilzkrankheiten starke Ertrags- und Qualitätsverminderungen verursacht.

Die Hektarerträge bei Getreide fielen dementsprechend gegenüber dem Vorjahr zurück. Winterweizen brachte einen Ertrag von 33,51 q, Sommerweizen 28,62 q, Winterroggen von 33,59 q, Gerste von 36,54 q und Hafer 22,75 q je Hektar. Im Durchschnitt wurden somit 33,78 q Getreide je Hektar Anbaufläche geerntet.

Was die Niederschläge bei einigen Früchten verdarben, glichen sie in anderen Kulturen vielfach aus. Gründrüscherbsen lieferten mit 63 q je Hektar einen sehr guten Ertrag, ebenso Bohnen, von welchen allerdings nennenswerte Flächen durch Überschwemmungen verloren gingen.

Auch für die verschiedenen Feldgemüsearten verlief die Witterung teilweise günstig, der natürliche Niederschlag half weitgehend Kosten für künstliche Beregnung einzusparen. Neben geringen Mengen von Radieschen, Gurken, Chinakohl, Petersilie und Roten Rüben wurden in größerem Ausmaß Karotten, Salat und Sellerie angebaut; die Ernte betrug 800 t Karotten, 250 t Sellerie und 880.000 Stück Salat. Der anfangs in der Vegetation zurückgebliebene Körnermais erholte sich nach den reichen Regenfällen und ergab einen Ertrag von 47 q Trockenware je Hektar. Zufriedenstellend war auch die Zuckerrübenenernte; sie brachte 486 q je Hektar, damit spürbar mehr als in den Vorjahren und gab zusammen mit Mehrererträgen aus Hülsenfrüchten und Gemüse einen Ausgleich für die Verluste bei Getreide.

Wein war im Jahre 1972 vielfachen Gefahren durch den Befall von Krankheiten ausgesetzt; genügten in Normaljahren vier bis fünf Spritzungen, so mußte in diesem Jahr neunmal gegen Peronospora und Oidium gespritzt werden. Es gab nur eine unterdurchschnittliche Lese.

Die Tierhaltung verblieb mit durchschnittlich 750 Stück Zucht- und Mastschweinen im bisherigen Umfang.

Die Investitionen mußten mit der fortschreitenden Technisierung der Landwirtschaft Schritt halten; es wurden handarbeitssparende Maschinen und verfeinerte Geräte eingestellt.

Die Bautätigkeit bestand in der Hauptsache in Fassadenerneuerungen und, im Hinblick auf den Umweltschutz, im Ersatz der bisher oft etwas improvisierten Treibstofflager durch zeitgemäße Tankstellen.